6/2011

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Klimawandel im Nord-Süd-Konflikt
Markus Wissen

Globale Klimaverhandlungen im Visier
Bernhard Obermayr

Aktuelle Energiepolitik in Österreich und Europa
Wolfgang Katzian

Nahrungsmittel als Spekulationsobjekt
Helene Schuberth

WIENER U-BAHN-KUNST

PLUS AKZENTe.

4,50 Euro P.b.b. GZ 02Z033338 M, Verlagspostamt 1010 Wien, Nr.6

EDITORIAL

Die noch immer im Gang befindliche atomare Katastrophe von Fukushima ist zwar inzwischen weitgehend aus den Medien verschwunden, sie hat aber bei vielen die Sensibilität für Fragen der Ökologie und der Nachhaltigkeit vorübergehend wieder erhöht. Ökologische Fragen spielen aber nicht nur im Zusammenhang mit AKWs eine unseren Alltag beherrschende Rolle: Ob es nun um die Bereitstellung guter und sicherer Nahrungsmittel, die globale Produktion und Verteilung von Lebensmitteln, die Verkehrspolitik oder die politische Steuerung von klimapolitischen Zielen, die Auswirkungen sind für uns alle tagtäglich spürbar. Dabei rücken ethisch-moralische Fragen oft gegenüber brennenden sozialen Fragen, die mit ökologischen Anliegen verbunden sind, zu Unrecht in den Hintergrund.

Die Juni-Ausgabe der ZUKUNFT ist daher dem Schwerpunkt »Ökologie und Klimapolitik« gewidmet. Fünf AutorInnen befassen sich mit unterschiedlichen Aspekten dieses Themas.

Dem vorangestellt ist jedoch ein Beitrag von **Erich Fröschl**, der sich mit Tony Judt auf die Suche nach einem **neuen sozialdemokratischen Narrativ** macht. Gerade »die Unzufriedenheit mit dem heute real existierenden Kapitalismus« mache eine klar formulierte Alternative unabdingbar.

Daran schließt **Caspar Einem** mit seiner Kolumne **Fragen über Fragen** an.

Die Eröffnung des Schwerpunktes übernimmt **Markus Wissen** mit seinem Beitrag, in dem er **ökologischen und sozialen Zusammenhängen des Nord-Süd-Konflikts** nachspürt und aufzeigt, warum es nicht gerechtfertigt ist, wenn die wirtschaftlich entwickelten Ländern des Nordens die Verantwortung für die Zunahme der CO_2-Emissionen dem globalen Süden übertragen wollen.

Einen anderen internationalen Aspekt beleuchtet der Greenpeace-Kampagnenleiter für Zentral- und Osteuropa, **Bernhard Obermayr**: Er unterwirft die Entwicklung **globaler Klimaschutzkonferenzen** einer kritischen Analyse und spricht dabei **auch Österreichs Rolle im Klimaschutz an**.

Wolfgang Katzian geht der Frage nach, die sich nach Fukushima noch verstärkt stellt: Welche **energiepolitischen Perspektiven bestehen aus sozialdemokratischer Sicht** für Österreich und Europa und wie gelingt es, den scheinbaren Widerspruch von ökologischen und sozialen Zielsetzungen zu harmonisieren?

Das Konzept des **ökologischen Fußabdrucks** steht im Mittelpunkt des Beitrags von **Ingeborg Fiala**: Sie stellt ein Modell vor, das Ressourcenverbrauch veranschaulichen soll.

Die Abrundung des Schwerpunkts bildet der Text von **Armin Puller**: Er greift den in politischen und wissenschaftlichen Diskussionen **inflationär gebrauchten** Begriff **»Green New Deal«** auf und arbeitet die durchaus unterschiedlichen politischen Ansätze auf, die mit diesem Schlagwort verbunden werden. Zentral für die tatsächliche inhaltliche Wirkung sei dabei die Frage, wer als treibende Kraft eines solchen politischen Konzepts in Erscheinung trete.

Eine ausführliche Buchbesprechung widmet **Heinz Kienzl** dem jüngst erschienen Werk von **Felix Butschek** zu Österreichs Wirtschaftsgeschichte.

Nach den Buchtipps schließt der Beitrag von **Helene Schuberth** zum Thema **Finanzspekulation an den Rohstoffmärkten** das Heft ab.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘAK
Gf. Chefredakteur

Inhalt

RUDI WACH, LAUF DER GESCHÖPFE, 2001, SKULPTUREN, BILDER UND RELIEF, U2 MUSEUMSQUARTIER, BAHNSTEIG UND PASSAGE

6 **Ein neues sozialdemokratisches Narrativ**
VON ERICH FRÖSCHL

10 **Tolle Perspektiven**
FRAGEN ÜBER FRAGEN VON CASPAR EINEM

11 **WIENER U-BAHN-KUNST**

14 **Klimawandel im Nord-Süd-Konflikt**
VON MARKUS WISSEN

19 **WIENER U-BAHN-KUNST**

20 **Globale Klimaverhandlungen im Visier**
VON BERNHARD OBERMAYR

24 **WIENER U-BAHN-KUNST**

26 **Aktuelle Energiepolitik in Österreich und Europa**
VON WOLFGANG KATZIAN

30 **WIENER U-BAHN-KUNST**

32 **Der ökologische Fußabdruck**
VON INGEBORG FIALA

36 **WIENER U-BAHN-KUNST**

38 **Green New Deal(s)**
VON ARMIN PULLER

44 **WIENER U-BAHN-KUNST**

46 **Österreichs Wirtschaftsgeschichte**
VON HEINZ KIENZL

48 **Buchtipps**
Sachliches & Belletristisches

50 **Nahrungsmittel als Spekulationsobjekt**
SCHLUSSWORT VON HELENE SCHUBERTH

IMPRESSUM Herausgeber: Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift »Zukunft«, 1014 Wien, Löwelstraße 18. **Verlag und Anzeigenannahme:** edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags Gmbh, 1014 Wien, Löwelstraße 18 , Tel. 01/534 27 399, Fax DW 363, office@editionrot.at **Herausgeberbeirat:** Mag. Karl Duffek, Wien (Vorsitzender), René Cuperus, Amsterdam, Mag.ª Brigitte Ederer, Wien, Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek, Wien, Univ.-Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn, Giorgio Napolitano, Rom, Dr. Werner A. Perger, Berlin, Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Schroeder, Frankfurt a. Main, Univ.-Prof. Dr. Ivan Szelényi, New Haven, Univ.-Prof. Dr. Georg Votruba, Leipzig, Univ.-Prof.in Dr.in Ruth Wodak, Lancester. **Chefredaktion:** Dr. Caspar Einem, Mag. Ludwig Dvořak (geschäftsführend) **Redaktion:** Mag. Georg Appl, Mag. Alessandro Barberi, Bernhard Bauer, Mag.ª Elisabeth Felbermair, DSA Senad Lacevic, Mag. Armin Puller, Mag. Dr. Michael Rosecker, Dr.in Barbara Rosenberg, Mag. Franz Spitaler, Mag. Artur Streimelweger, Mag.ª Olivia Weiß **Production Manager:** Dr. Manfred Lang **Art Direction:** Gábor Békési **Druck:** Gutenberg Druck GmbH, 2700 Wiener Neustadt **Coverfoto:** Rudi Wach, Lauf der Geschöpfe, 2001, Skulpturen, Bilder und Relief, U2 Museumsquartier, Bahnsteig und Passage

Ein neues sozialdemokratisches Narrativ

In seinem Beitrag begibt sich Erich Fröschl mit Tony Judt auf die Suche nach politischen Perspektiven für die Sozialdemokratie.

Die Unzufriedenheit mit den bestehenden Lebensverhältnissen, mit Armut, Ungerechtigkeit und Ausbeutung war – quer durch die Geschichte – stets der Ausgangspunkt sozialer Bewegungen. Aufruhr, Empörung und Widerstand gegen solche Verhältnisse standen oft am Beginn politischer Aktivitäten einzelner oder von Bewegungen, die Alternativen zur bestehenden Ungerechtigkeit und Ungleichheit formulierten, propagierten und vom Gedanken über das Wort und aktives Tun in die gesellschaftliche Wirklichkeit des Alltags verwandelten.

Auch das sozialdemokratische Projekt der evolutionären Veränderung der europäischen kapitalistischen Industriegesellschaft im späten 19. und im 20. Jahrhundert zum modernen Wohlfahrtsstaat folgte diesem Muster. Es war sehr erfolgreich bei der Durchsetzung von Wohlstand und Sicherheit für die breite Masse der Bevölkerung, bei der Verringerung von Ungleichheit und der Herstellung von besseren Entfaltungsmöglichkeiten und Lebenschancen. Allerdings wurde das sozialdemokratische Paradigma gesellschaftlichen Wandels in den letzten drei Jahrzehnten von einem gegenläufigen, unsere Gemeinwesen schrittweise zerstörenden Paradigma der fundamentalistischen Wirtschaftsideologie des Marktradikalismus in die Defensive gedrängt. Resultat war eine massive internationale Finanz- und Wirtschaftskrise, eine Verschlechterung der Lebensverhältnisse weiter Teile der Bevölkerung, ein kontinuierliches Sinken der Lohnquote, steigende Profitraten und wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich.

Höchste Zeit also, die Unzufriedenheit mit dem heute real existierenden Kapitalismus klar auszusprechen, sich darüber zu empören, dagegen zu kämpfen, Alternativen zu benennen und sie zielorientiert und mit langem Atem zu verfolgen.

SICHERHEIT IM ZEITALTER DER ANGST

Dies zu tun versuchte der im August 2010 verstorbene britisch-amerikanische Sozialwissenschaftler Tony Judt in seinem letzten Buch »Ill Fares the Land«, das den Untertitel trägt »Ein Traktat über unsere Unzufriedenheit«. Es ist eine Art politisches Vermächtnis, in dem der Autor ohne falsche Rücksichtnahme und Scheuklappen die Grundtendenzen neoliberaler Gesellschaftszerstörung der letzten drei Jahrzehnte im anglo-amerikanischen Wirtschaftsraum und in Kontinentaleuropa kritisch beleuchtet. Er spricht aber auch die Schwachstellen des sozialdemokratischen Projekts – das er trotz aller Schwächen dennoch für das beste aller derzeit kursierenden politischen Projekte hielt – an. Und er skizziert, an welchen historischen Ansatzpunkten eine erfolgreiche soziale Politik anknüpfen kann, die geeignet ist, den Menschen in einem »Zeitalter der Angst« Sicherheit zu vermitteln.

Im Zentrum seiner Darlegungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des 20. Jahrhunderts beschreibt Judt, wieso nach dem Zusammenbruch aller Sicherheiten und Gewissheiten nach dem 1. Weltkrieg und in der Wirtschaftskrise der 1920er und 1930er Jahre eine keynesianisch angeleitete Wirtschaftspolitik, die der ungezügelten Marktwirtschaft entsprechende staatliche Rahmenbedingungen verpasste, und so ihre Sozialschädlichkeit durch wohlfahrtsstaatlichen Ausbau drastisch verringerte, für die drei Jahrzehnte nach dem Ende des 2. Weltkrieges bestimmend war. Gleichzeitig waren während dieser Zeit konservative Wirtschaftskonzepte,

wohl wegen ihres Versagens in den 1930er Jahren weitgehend diskreditiert.

Mit größer werdendem Abstand zu den dramatischen Ereignissen der großen Depression der 1930er Jahre verblasste jedoch die Erinnerung an die immanenten gefährlichen Eigenschaften unkontrollierter kapitalistischer Marktwirtschaft. Die Illusion unbegrenzten Wachstums und immerwährenden Wohlstandes bereitete den Boden für eine ab den 1970er Jahren zurückkehrende konservative Ideologie möglichst schrankenloser Entfesselung der kapitalistischen Marktwirtschaft durch maximale Deregulierung und Privatisierung. Die fortschreitende Globalisierung wurde von den Unternehmern als »Peitsche« gegenüber allen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen genutzt.

Die Löhne wurden gesenkt, die Arbeitsbedingungen verschlechtert und die Profite durch Sozialabbau und eine Steuerpolitik zum Vorteil der Unternehmen und der Vermögenden stark gesteigert. Der Spekulation auf den Finanzmärkten wurde Tür und Tor geöffnet. Die Implosion der Sowjetunion, der Bankrott der kommunistischen Diktaturen 1989 in Osteuropa und die nachfolgende Überführung dieses Teils der Welt in anarchische Gesellschaften des Raubkapitalismus erleichterte die Sache ganz erheblich.

ÖSTERREICHS FATALE BEITRÄGE

T. Judt erinnert daran, und damit hat das Buch auch einen – allerdings wenig schmeichelhaften –Österreichbezug, dass die geistigen Großväter der neoliberalen marktradikalen »Chicago Boys«, die Roland Reagan und Margaret Thatcher das ideologische Konzept für deren marktradikale Politik der Gesellschaftszerstörung lieferten, aus Österreich-Ungarn stammende Emigranten waren, die – zum Unterschied von J. M. Keynes – aus dem gesellschaftspolitischen und ökonomischen Zusammenbruch der 1930er Jahre die falschen Schlüsse gezogen hätten. Für die Ökonomen Friedrich Hayek, Ludwig Mises und Joseph Schumpeter, den Philosophen Karl Popper und den Managementwissenschafter Peter Drucker lagen die Ursachen des Zusammenbruchs der liberalkapitalistischen Gesellschaft darin, dass die Linke nach 1918 in Österreich staatliche Planung, kommunalen Sozialismus und die Kollektivierung des Wirtschaftslebens hätte einführen wollen, dabei gescheitert sei und damit eine autoritär-faschistische Gegenreaktion bewirkt hätte. Daraus zogen sie den Kurzschluss, der beste Weg zur Sicherung einer liberalen Gesellschaft sei es, den Staat aus der Wirtschaft herauszuhalten. Keynes hingegen zog den gegenteiligen Schluss: Die sich selbst überlassene Marktwirtschaft tendiert zur Anarchie und zur Zerstörung ihrer selbst – mit fatalen gesellschaftlichen Folgen für alle. Sie erzeugt Angst, Unsicherheit und Ungewissheit, die die Demokratie und Stabilität der Gesellschaft gefährden.

Daher ist es notwendig, dem Wohlfahrtsstaat und sozialer Sicherheit der Massen eine viel größere Rolle einzuräumen als bisher. Dieser Wohlfahrtsstaat hat bei der Bekämpfung von Ungleichheit und der Verringerung der Kluft zwischen arm und reich große Erfolge vorzuweisen. Paradoxerweise hat sein Erfolg später aber auch seine Anziehungskraft geschwächt, da nachfolgende Generationen, die die drastischen Folgen der Großen Depression der 1930er Jahre nicht am eigenen Leib erlebt hatten, in zunehmenden Maße die zu seiner Aufrechterhaltung notwendigen finanziellen Beiträge (Steuern, Sozialversicherungsbeiträge) und das ihm zugrundeliegende Solidarprinzip in Frage zu stellen begannen.

DER PRIVATISIERUNGSWAHN

Judt skizziert in seinem Buch aber auch an Hand sehr anschaulicher Beispiele (z.B. Eisenbahn, Post, öffentliche Gesundheitsversorgung) die negativen Folgen des Privatisierungs- und Deregulierungswahnes der vergangenen Jahrzehnte für unsere Gesellschaften, in denen wachsender privater Wohlstand eines Teils der Bevölkerung und Verwahrlosung öffentlicher Aufgaben und Einrichtungen einander bedingen. Die Jagd nach Geld, der Kult um Privatisierung und Kapitalismus, unkritisches Lob für den schrankenlosen Markt, Verachtung für den

öffentlichen Sektor bestimmen nunmehr seit Jahrzehnten den veröffentlichten Diskurs. Die Finanzkrise 2008 hat die Gefahren zwar drastisch in Erinnerung gerufen, die dem Kapitalismus inhärent sind und zeigte auch nachdrücklich, dass nur der vielgeschmähte Staat in solchen Situationen in der Lage ist, Katastrophen zu verhindern. Aber aber ohne grundlegenden Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik ist mit noch größeren Katastrophen zu rechnen.

ES GEHT UM WERTE UND MORAL

Voraussetzung für einen solchen Paradigmenwechsel ist für T. Judt, die Werte und Begriffe in der politischen Debatte grundlegend zu ändern. Bei Gesetzen z. B. zu fragen, ob sie gut, gerecht, vernünftig sind und zu einer besseren und gerechteren Gesellschaft beitragen, anstatt immer nur nach Effizienz und Profitabilität zu fragen. Relevant sind auch die ethischen Folgen der Privatisierung in unseren Gesellschaften. Es bedarf daher einer moralischen Kritik an den Defiziten eines unbeschränkten Marktes und eines schwachen Staates.

An der Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Unmoral, die sie hervorbringen. Am unbeschränkten Lobbyismus und der finanziellen Selbstbedienung der Wohlhabenden, an der Unfairness und dem alle Regeln des Anstandes verletzenden Profitstreben des Finanzkapitalismus und seiner Repräsentanten. Verhaltensweisen, die von weiten Teilen der Bevölkerung aus gutem moralischem Grund auch instinktiv abgelehnt werden. Aber gleichzeitig haben viele Menschen auch das Gefühl, dass Politik nicht mehr in der Lage oder willens ist, wirksam gegenzusteuern und den Menschen ihre Angst und ihre Unsicherheitsgefühle zu verringern.

NICHT DISKREDITIEREN LASSEN!

Judt geht davon aus, dass der gegenwärtige Zustand der wirtschaftlichen und kulturellen Unsicherheit noch länger anhalten wird. Die Menschen sind heute weniger zuversichtlich als zu jeder anderen Zeit seit 1945. Nun hat aber auch die Generation unserer Großeltern in langen Phasen der Angst und Unsicherheit gelebt und auf diese Herausforderungen adäquat reagiert: mit der Entwicklung eines Staats der sozialen Dienstleistungen, des öffentlichen Sektors und der sozialen Wohlfahrt als Recht und soziale Pflicht. Diese Errungenschaften sollte die Sozialdemokratie viel massiver und selbstbewusster den Menschen in Erinnerung rufen und die weitverbreiteten Gefühle vieler Menschen von Wut und Empörung gegenüber jenen, die diese Errungenschaften seit drei Jahrzehnten systematisch diskreditieren und zerstören, viel energischer und nachhaltiger aufgreifen und dem Sozialabbau entschlossenen Widerstand entgegensetzen. Das ist auch ein wirksames Mittel zur Verringerung der Chancen von rechtspopulistischen Bewegungen, die mit der Angst der Menschen ihr politisches Geschäft betreiben und gleichzeitig die Interessen der Unternehmer bedienen.

STARKE ROLLE FÜR DEN STAAT

Gleichzeitig zeigt die Finanz- und Wirtschaftskrise, dass es ohne eine starke Rolle des Staates in der Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht geht. Trotz aller Internationalisierung und Europäisierung wird der Nationalstaat als territoriale Einheit, in der die politische Repräsentanz des Willens der einzelnen Menschen noch am direktesten erfahrbar ist, noch auf längere Zeit als politische Entscheidungsebene seine Bedeutung behalten. Je gefährdeter eine Gesellschaft ist, je schwächer der Staat und je größer das irrige Vertrauen in den Markt, umso größer ist, nach Ansicht Judts, die Wahrscheinlichkeit von Gegenbewegungen, die auf autoritäre Rezepte zur Organisation der Gesellschaft setzen. Auch dies spricht dafür, sich die Rolle des Staates von den Neoliberalen nicht kleinreden zu lassen und ihre Politik zu bekämpfen, staatliche Aufgaben an private Agenturen auszulagern mit dem Effekt, dass der Staat als Institution diskreditiert wird und in vielen Fällen die Aufgabenerfüllung auch schlechter, unkontrollierter und teurer erfolgt.

Tony Judts Buch enthält eine Fülle weiterer Anregungen zum kritischen Nachdenken über die Gesellschaft, in der wir

heute leben. Viele Denkanstöße dazu, welche Teile unserer historisch teuer erkämpften Erfolge bei einer humaneren Gestaltung der Gesellschaft wir Sozialdemokraten uns auf keinen Fall zerstören lassen sollten. Aber auch wo das sozialdemokratische Narrativ neu zu denken wäre im Lichte der gesellschaftlichen Veränderungen, die nicht zuletzt durch unsere eigenen Erfolge bedingt wurden. Auch und gerade weil die politische Stärke der Sozialdemokratie in Europa – in vielen Ländern zwischen 20% und 30% – derzeit in keiner Weise zufriedenstellend ist und das Durchbrechen neoliberaler Hegemonie schwer macht, sind solche undogmatischen Denkanstöße besonders nützlich und können mithelfen, das geistige Terrain aufzubereiten für eine neue sozialdemokratische Politik, die in der Lage ist, nicht nur in Lateinamerika und Indien, sondern auch in Europa wieder Mehrheiten in der Bevölkerung für ihr Projekt zu mobilisieren.

ERICH FRÖSCHL

ist Politikwissenschafter und hat sich am Renner-Institut bzw. als Lehrbeauftragter an der Universität Wien schwerpunktmäßig mit der Ideengeschichte der politischen Bewegungen und Parteien, dem österreichischen Parteiensystem und Fragen der europäischen und internationalen Politik beschäftigt.

Literatur

Judt, T.: Dem Land geht es schlecht – Ein Traktat über unsere Unzufriedenheit, München 2010 | **Judt T.**: Ein Sinn für Anstand, in: DIE ZEIT, Nr. 2, Hamburg 2010, S. 9 | Wir brauchen eine ethische Weltsicht. Interview von **J. Lau** mit **T. Judt**, in: DIE ZEIT, Nr. 33, Hamburg 2010, S. 44 | **Ross, J.**: Rote Aufsteiger. Weltweit ist die sozialdemokratische Welt im Aufwind…, in: DIE ZEIT, Nr. 49, Hamburg 2010, S. 6

Tolle Perspektiven

Man kann sich derzeit vieles fragen. Etwa, was den Außenminister dazu bewogen hat, derart gegen die Türkei und ihren höchsten Repräsentanten auszureiten, nur weil Frau Plassnik wegen des türkischen Vetos nicht OSZE-Generalsekretärin werden kann. Ist er deshalb so ausgezuckt, weil er die Situation falsch eingeschätzt hat? Hat es irgend jemanden geben können, der sich noch an die Außenministerin Plassnik während der österreichischen EU-Präsidentschaft erinnert, der geglaubt hat, die Türkei hätte diesen herben Affront der österreichischen Ministerin der Eröffnung der Beitrittsgespräche vergessen?

Die Position des OSZE-Generalsekretärs wird im Konsens vergeben – alle müssen zustimmen. Da ist die Art von Exponiertheit, wie sie Plassnik praktiziert hat, keine gute Voraussetzung. Und das hätten sowohl Plassnik selbst als vor allem ihr Amtsnachfolger wissen müssen. Dafür die Beziehungen Österreichs zur Türkei zu belasten ist unverantwortlich.

Man kann sich fragen – vielleicht sollte man sagen: man muss sich geradezu fragen, wie lang das Spiel um Griechenland noch so weiter gehen kann. Griechenland, die griechische Wirtschaft und in deren Gefolge der griechische Staat und sein Haushalt können sich bei den Sparvorgaben, die derzeit von IWF, EZB und Europäische Kommission vorgegeben werden, nicht erholen. Gibt es auch nur einen Volkswirt, der sagen könnte, wo denn Wachstumsimpulse in der griechischen Wirtschaft herkommen sollen, wenn rundum, wie man in Wien sagt, »die Gas abgedreht« wird. Ist es wirklich nötig, dass die FPÖ den mittlerweile schon sehr alten Wilhelm Hankel einlädt, damit der klar und deutlich sagt, dass nur ein Ausstieg Griechenlands aus der gemeinsamen Währung Bedingungen schaffen könnte, unter denen Erholung möglich ist: Wiedereinführung der Drachme und deren deutliche Abwertung als Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit und damit Wachstumschancen.

Man kann sich in diesem Kontext natürlich auch fragen, ob der immer weitergehende emotionale Rückzug aus dem gemeinsamen Europa geeignet ist, irgendwelche Probleme zu lösen oder ob nicht gerade die Erfahrungen mit der Finanzkrise 2008 und mit den Staatsschulden Griechenlands, Irlands, Portugals, Spaniens, vielleicht bald auch Italiens nicht genau das Gegenteil verlangt hätten: einen entschiedenen weiteren Integrationsschritt in Richtung einer vergemeinschafteten Wirtschaftsregierung Europas.

Inzwischen geht das bisherige Spiel einfach weiter. Ja, der Widerstand gegen immer weitere Hilfen für Griechenland nimmt zu. In den letzten sozialdemokratisch regierten Ländern verlieren die Sozialdemokraten – Socrates in Portugal hat schon verloren, Zapatero blüht das gleiche Schicksal und Papandreou ist zu allem Überfluss auch noch Präsident der Sozialistischen Internationale. Es wird nicht allzu lange dauern, dann ist Werner Faymann der letzte sozialdemokratische Regierungschef in der EU.

Wie lange schützen eigentlich die NATO-geführten Luftangriffe in Libyen die Zivilbevölkerung dort noch? Und gibt es einen besonderen Grund, warum Libyen und Syrien unterschiedlich behandelt werden? Geht es nicht in beiden Fällen darum, dass der jeweilige Machthaber seine Macht, sein Militär gegen die eigene Bevölkerung einsetzt? Nur um nicht falsch verstanden zu werden: für so toll halte ich den Militäreinsatz der NATO in Libyen nicht. Aber man muss sich fragen, ob die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft irgendwelchen Grundsätzen folgen.

Tolle Perspektiven.

CASPAR EINEM
ist Chefredakteur der Zukunft.

WIENER U-BAHN-KUNST

Zum 20-jährigen Jubiläum der am 6.April 1991 eröffneten »Kunstlinie« U3 präsentierten die Wiener Linien ein Kunstbuch, das sich letztendlich dem legendären »Jo, des moch ma« von Bürgermeister Helmut Zilk verdankt, der dem Architekten Kurt Schlauss vorschlug, in die noch in Bau befindliche U-Bahn-Station Volkstheater ein Kunstwerk von Anton Lehmden zu integrieren. Damit begann die Geschichte der Kunst in der U-Bahn, die Geschichte des größten Museums Wiens, zu dem der Eintritt nur einen Fahrschein kostet.

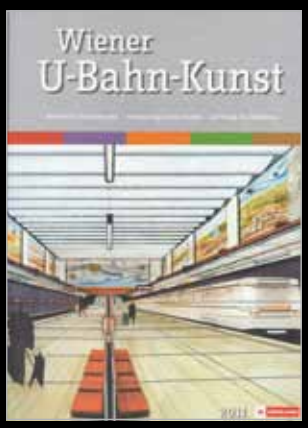
Das Buch »Wiener U-Bahn-Kunst« zeigt die Werke, die von Künstlerinnen und Künstlern für den Ort, an dem wir sie heute sehen, konzipiert worden sind. Die Kunstwerke widerspiegeln jeweils aktuelle Themen und Fragestellungen, reflektieren lokale Gegebenheiten und verleihen den Orten ihre Aura. Sie sind Denkmäler – Denk-Mal im besten Sinne des Wortes – zu aktuellen, zu zeitgeistigen Anliegen. Und sie erfüllen unterschiedliche Funktionen im öffentlichen Raum.

Zahlreiche Kunstwerke stellen aktuelle Werthaltungen und Themen dar, etwa Anton Lehmdens Mosaik von 1991, »Entstehung der Erde«, das neues ökologisches Bewusstsein reflektiert. Adolf Frohners Installation »Circa 55 Schritte durch Europa« ist ein Beitrag zur Diskussion, ob Österreich der EU beitreten solle oder nicht. Das »Permanent-Graffiti« von Oswald Oberhuber bebildert den Wunsch nach Veränderung im täglichen Leben und nimmt Partei für die Kunstform Graffiti, die damals heftig diskutiert wurde. Mit den Graffiti-KünstlerInnen, die wegen Sachbeschädigungen zu Schadenersatzzahlungen verurteilt wurden, einigten sich die Wiener Linien: die Sprayer erhielten 1998 eine Wand zur freien Gestaltung. Michael Hedwig bebildert das physische und spirituelle Miteinander der Menschen, Ken Lum zeigt die Stadt als Ort der Begegnung vielfältiger Interessen und Themen. Michael Schneider thematisiert die architektonische und stilistische Vielfalt der Stadt, Werner Feiersinger feiert in minimalistischer Form die kulturelle Tradition als Wert an sich.

Mehrere Werke arbeiten mit technischen Entwicklungen, so Hofstetter Kurts »Planet der Pendler mit den 3 Zeitmonden« und Nam June Paiks Videoinstallation neben dem Technischen Museum. Margot Pilz' »U-Turn« informierte schon 1998 elektronisch über U-Bahn-Kunstwerke und -Fahrpläne.

Dem Genius loci verpflichtet sind die Arbeiten von Peter Atanasov in Erdberg und Rudi Wach beim Museumsquartier; Ilse Haider und Mona Hahn lassen alte Simmeringer in die neue Welt der Technik blicken. Susanne Zemrosser (ver-)führt mit der heiteren Magie des Wurstelpraters durch einen endlos langen Gang und Ingeborg Strobl erzählt von der Novaraexpedition und den Gärten in der Leopoldstadt.

Die insgesamt 22 U-Bahn-Kunstwerke, die alle im Buch abgebildet sind, bieten ein Spektrum der österreichischen und internationalen Kunst in einem Zeitfenster von 20 Jahren. Namhafte AutorInnen erzählen über die Entstehung der Arbeiten, kommentieren sie und geben Aufschluss über die KünstlerInnen, Abbildungen weiterer Werke der U-Bahn-KünstlerInnen runden das Bild ab.



Wiener Linien GmbH & Co KG (Hg.)
WIENER U-BAHN-KUNST
MODERNE KUNSTWERKE – ARCHÄOLOGISCHE FUNDE – ZEITLOSE ARCHITEKTUR.
Wien 2011, 39 Euro
Erhältlich in den Informationsstellen der Wiener Linien und im Buchhandel.

VEREIN GRAFFITI UNION, STYL'S AND CHARACTERS, 1998, GRAFFITI, U3 OTTAKRING, STÜTZMAUER IN DER PALTAUFGASSE (BEIDE FOTOS)

WIENER U-BAHN-KUNST

Klimawandel im Nord-Süd-Konflikt

Immer häufiger thematisieren PolitikerInnen des Westens die Umweltsünden des globalen Südens und halten ihr ökologisches Engagement dagegen. Markus Wissen beleuchtet, welche Nord-Süd-Zusammenhänge in der Klima- und Geopolitik tatsächlich vorherrschen und wie eine gerechte CO_2-Reduktion aussehen könnte.

Ökologische Fragen spielen in den Nord-Süd-Beziehungen eine zentrale Rolle. Seit ihren Anfängen im späten 15. Jahrhundert sind diese Beziehungen wesentlich über Ressourcentransfers von Süd nach Nord vermittelt. Aktuell – im Angesicht des Klimawandels und der Bemühungen, ihn einigermaßen unter Kontrolle zu halten – ist außerdem die Senken-Problematik zentral.

Als »Senken« werden Wälder, Böden oder Meere bezeichnet. Ihr Charakteristikum ist, dass sie mehr CO_2 – das mengenmäßig wichtigste Treibhausgas – absorbieren als abgeben. Die größten CO_2-Senken befinden sich im globalen Süden. Sie reichen allerdings nicht aus, um alle bei der Energieerzeugung, der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion oder dem Waren- und Personentransport entstehenden CO_2-Emissionen aufzunehmen, so dass sich der CO_2-Gehalt der Atmosphäre erhöht. In der Folge kann die Erde weniger Wärmestrahlung ins Weltall abgeben – der so genannte Treibhauseffekt –, und die globale Durchschnittstemperatur steigt an. Dies ist der dem anthropogenen Klimawandel zugrunde liegende Zusammenhang.

Klimapolitik dreht sich deshalb nicht zuletzt darum, Senken zu erhalten, zu schaffen und die Bedingungen ihrer »Nutzung« festzulegen. Gestritten wird darüber, welches Land seine Treibhausgasemissionen – und damit seine Inanspruchnahme der Senken – in welchem Ausmaß reduzieren soll und, seit Neuerem, welchen Anteil am Klimaschutz der globale Süden übernehmen soll. Dabei wird mit sehr unterschiedlichen Problemdeutungen und Verantwortungszuschreibungen gearbeitet.

Dieser Beitrag befasst sich mit der Klimaproblematik im Nord-Süd-Verhältnis. Er setzt sich kritisch mit den vorherrschenden Beschreibungen und Formen der Bearbeitung des Klimawandels auseinander und analysiert, wie es um die Verantwortung des globalen Nordens und Südens für dieses ökologische Krisenphänomen jeweils bestellt ist. Der Beitrag mündet in die These, dass der Schlüssel zur Lösung der ökologischen Krise in einer Überwindung der »imperialen Lebensweise« des globalen Nordens liegt.

CHINA, INDIEN UND DAS CO_2

Ökologische Probleme im Allgemeinen und der Klimawandel im Besonderen sind Verteilungsfragen, die eine wichtige Nord-Süd-Dimension haben. Aus den vorherrschenden Repräsentationen des Klimawandels ist dies aber nicht immer ersichtlich. Oft wird der Klimawandel mit hoch aggregierten Daten als globales Problem dargestellt, von dem irgendwie alle betroffen sind und zu dessen Lösung folglich auch alle ihren Beitrag zu leisten haben.

Die UN-Klimarahmenkonvention *(United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCC)* erkannte 1992 zwar an, dass die Verantwortung des globalen Nordens für den Klimawandel aufgrund seiner langen Industrialisierungsgeschichte größer ist als die des globalen Südens – die Rede ist von einer ; und das Kyoto-Protokoll von 1997 verpflichtet ausschließlich die Industrieländer zur Reduzierung ihrer

1. Es wird davon ausgegangen, dass jeder Mensch pro Jahr maximal 2,5 Tonnen CO_2 emittieren darf, wenn das so genannte 2-Grad-Ziel erreicht werden soll (http://www.agenda21-treffpunkt.de/daten/treibhausgase.htm). Diesem zufolge muss die Erwärmung der globalen Durchschnittstemperatur auf 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Zeitalten begrenzt werden, um den Klimawandel beherrschbar zu halten..

Treibhausgasemissionen. In jüngerer Zeit sind aber die aufstrebenden Länder des globalen Südens als treibende Kräfte der globalen Erwärmung zunehmend in den Fokus der internationalen Klimapolitik geraten. Das gilt vor allem für China und Indien, in deren Ober- und Mittelklassen sich mit Macht die emissionsintensiven »fossilistischen« Konsummuster des globalen Nordens (Automobilität, hoher Fleischkonsum, Billigflüge etc.) durchsetzen.

Schon vor einigen Jahren diagnostizierte das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie (2005: 82 ff.) das Entstehen einer »transnationalen Verbraucherklasse«. Diese »Klasse« konstituiert sich nicht über die Stellung der ihr zugehörigen Individuen im Produktionsprozess, sondern über gemeinsame fossilistische Konsummuster. Im Jahr 2000 umfasste sie mehr als 1,7 Milliarden Menschen, und damit über ein Viertel der Weltbevölkerung. Etwas mehr als die Hälfte dieser »Klasse« ist im globalen Norden beheimatet, aber allein auf China und Indien entfällt ein Anteil von 20 Prozent, der seit 2000 noch gestiegen sein dürfte.

Trotz großer Anstrengungen im Bereich erneuerbarer Energien wird der Energiebedarf der sich rasant entwickelnden chinesischen Ökonomie und Gesellschaft vor allem aus fossilen Quellen mittels Kohlekraftwerken gedeckt. Bei der Verbrennung von Kohle aber entsteht CO_2, des Weiteren werden neue Kohlekraftwerke nicht einfach so stillgelegt, solange sie einen Gebrauchswert haben und profitabel betrieben werden können, stattdessen sind großtechnische Infrastrukturen äußerst langlebig und legen die Energieversorgung auf Jahrzehnte hinaus auf einen bestimmten, in diesem Fall ökologisch höchst problematischen Pfad fest. Gemessen an den absoluten Emissionen hat China denn auch vor wenigen Jahren die USA als weltweit größten CO_2-Emittenten abgelöst.

Ob und mit welchen Verpflichtungen China in ein neues Klimaabkommen eingebunden werden soll, ist eine zentrale Streitfrage in den aktuellen Klimaverhandlungen. Die USA, die schon das Kyoto-Protokoll nicht ratifiziert haben, scheinen nicht bereit zu sein, einem neuen Abkommen beizutreten, wenn dieses nicht auch China zu Treibhausgasemissionen verpflichtet. China will sich aber bislang nur darauf einlassen, seine Emissionen relativ zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukt zu reduzieren, d. h. seine Energieeffizienz zu erhöhen. Angesichts der enormen Wachstumsraten der chinesischen Wirtschaft würde dies bedeuten, dass die Emissionen absolut weiter steigen. An diesem Konflikt, dem die jüngsten geopolitischen und -ökonomischen Verschiebungen vom atlantischen in den ostasiatischen Raum zugrunde liegen, scheiterte vor anderthalb Jahren die 15. Vertragsstaatenkonferenz *(Conference of the Parties – COP)* der UNFCCC in Kopenhagen. Bei der COP 16 Ende 2010 in Cancún konnte der Verhandlungsprozess zwar vorläufig gerettet werden, inwieweit er aber in ein neues Abkommen mündet, ist nach wie vor offen.

EUKALYPTUS FÜR KOHLE

Liegt also der Schlüssel zur Bearbeitung der Klimakrise im globalen Süden? Daran sind erhebliche Zweifel angebracht. Zwar ist China wie erwähnt seit kurzem der weltgrößte Emittent von CO_2, bezogen auf seine Pro-Kopf-Emissionen liegt es allerdings deutlich hinter den Ländern des globalen Nordens: Während 2007 in den USA pro Kopf 19,3, in Deutschland 9,6 und in Österreich 8,3 Tonnen CO_2 emittiert wurden, waren es in China 5,0 und in Indien sogar nur 1,4 Tonnen (http://data.worldbank.org/indicator/EN.ATM.CO2E.PC).[1]

Noch differenzierter gestaltet sich das Bild, wenn man die unterschiedlichen Quellen von CO_2-Emissionen berücksichtigt. Nur aus einer globalen, scheinbar »neutralen« Perspektive ist eine Tonne CO_2 nämlich gleich einer Tonne CO_2 und ist es folglich egal, wo sie eingespart wird. Aus einer solchen Perspektive wurde das Kyoto-Protokoll gestaltet. Es setzt auf marktförmige Instrumente (die so genannten »flexiblen Mechanismen«), die gewährleisten sollen, dass Treibhausgasemissionen dort gemindert werden, wo dies am billigsten ist. Das kann z. B. bedeuten, dass ein norwegischer Energiever-

2. Als ökologischer Rucksack wird der Gesamtumfang der Ressourcen bezeichnet (und in Gewichtsgrößen gemessen), der in ein Produkt eingegangen ist. Der ökologische Rucksack wird größer, wenn die Gewinnung des für die Herstellung eines Produkts nötigen Ressourcen aufwändiger wird, weil z. B. mehr Bergbauabfälle anfallen oder mehr Energie eingesetzt werden muss (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie 2005: 68 f.).

sorger, anstatt auf erneuerbare Energien umzusteigen, seiner Verpflichtung zur Emissionsminderung dadurch nachkommt, dass er das CO2, das durch ein von ihm betriebenes Kohlekraftwerk emittiert wird, durch die Anpflanzung von Eukalyptusbäumen in Uganda kompensiert (Newell/Paterson 2010: 132 f.).

Wie für jede »neutrale« oder »ideologiefreie« Perspektive gilt auch für diese, dass sie zutiefst machtförmig ist. Im Fall des genannten Projekts z. B. wurden 8.000 Menschen aus 13 Dörfern vertrieben, um Platz für die Eukalyptusbäume zu machen (ibd.). Dazu kommt, dass Anreize zum Umbau der Energieversorgung im globalen Norden durch derartige so genannte *»carbon offsets«* nicht geschaffen, sondern gerade beseitigt werden, und zwar, ohne dass klar wäre, wie viel CO2 durch die gepflanzten Bäume tatsächlich gebunden wird und was passiert, wenn die Anpflanzung irgendwann einem Feuer zum Opfer fällt.

EMISSIONSQUELLEN

Auch im Hinblick auf die Verursachung des Klimawandels kann eine Tonne CO2 unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten nicht einfach gegen eine andere aufgerechnet werden. Es macht einen Unterschied, ob ein Bankmanager aus dem 19. Wiener Gemeindebezirk mit seinem SUV zur Arbeit in die Innenstadt fährt und dabei Erdöl verbrennt, oder ob eine Frau in einem Dorf Ruandas in einem selbst gemauerten Holzofen Brot für ihre Familie backt. In beiden Fällen wird CO2 emittiert. Während die eine Emission aber völlig unnötig ist, geschieht die andere im Dienst der Ernährungssicherung. Anil Agarwal und Sunita Narain unterscheiden deshalb zwischen »luxury emissions« und »subsistence emissions« (zitiert nach Jasanoff 2004: 47). Erstere werden durch die Lebensweise der Reichen im globalen Norden und den aufstrebenden Schwellenländern produziert, letztere entstehen bei der Befriedigung von Grundbedürfnissen vor allem der Armen im globalen Süden. Das ist ein Unterschied ums Ganze, der dem globalen Blick entgeht.

Die genaue Berücksichtigung der Emissionsquelle macht noch einen weiteren Zusammenhang sichtbar, der ökologische Schuldzuweisungen an den globalen Süden verbietet. So hat das Wuppertal Institut für Umwelt, Klima, Energie errechnet, dass der Ressourcenaufwand der EU seit Mitte der 1980er Jahre auf hohem Niveau, nämlich bei 50 Tonnen pro Kopf und Jahr, stagniert. Aufgrund des wirtschaftlichen Strukturwandels seien die Ressourcenentnahmen in Europa selbst zwar zurückgegangen, allerdings habe sich der Importanteil des Ressourcenaufwands von 15 auf 20 Tonnen erhöht, wobei ein Großteil der Importe aus dem globalen Süden stammt. Außerdem sei der ökologische Rucksack der Importe gewachsen.[2] Er betrage heute im Durchschnitt das fünffache Gewicht des importierten Gutes.

Diese Zahlen besagen nichts anderes, als dass die EU ihre Umweltbelastungen in Form von Ressourcenextraktion und CO2-Emissionen zu einem großen Teil in den globalen Süden externalisiert (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie 2005: 69). Ein gewichtiger Teil der industriellen CO2-Emissionen im globalen Süden dient also der Aufrechterhaltung der ressourcen- und emissionsintensiven Produktions- und Konsummuster des globalen Nordens.

IMPERIALE LEBENSWEISE

Eben hier liegt denn auch der Ansatzpunkt für eine alternative Krisenstrategie. Die ökologische Krise wird nicht ohne eine Zurückdrängung der fossilistischen Produktions- und Konsummuster des globalen Nordens zu überwinden sein. Diese sind nicht verallgemeinerbar. Sie setzen vielmehr ein geographisches Außen voraus, auf das sich ihre sozialen und ökologischen Kosten verlagern lassen. Insofern bilden sie den Kern einer imperialen Lebensweise, d. h. einer Lebensweise, die den tendenziell unbegrenzten Zugriff auf Ressourcen, Senken und Arbeitskraft in anderen Teilen der Welt voraussetzt (Brand/Wissen 2011; Wissen 2010). Sie werden von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen in den Ländern des globalen Nordens gestützt und sind tief in den Alltagspraktiken

vieler Menschen verankert. Autofahren, viel Fleisch essen und mit dem Billigflieger in den Urlaub reisen gilt als normal, obwohl es sozial und ökologisch hoch destruktiv ist.

Die imperiale Lebensweise als Problemkern zu identifizieren bedeutet nicht, dass die Überwindung der ökologischen Krise nur eine Frage individueller Konsumentscheidungen ist. Das ist sie zwar auch. Allerdings kommt es wesentlich darauf an, die gesellschaftlichen Verhältnisse in Frage zu stellen, die solche Konsumentscheidungen rational bzw. normal erscheinen lassen bzw. sie überhaupt erst ermöglichen. Die imperiale Lebensweise ist auch eine Frage der Einkommensverhältnisse, die es z. B. möglich machen, dass in Österreich im Januar 2011 jedes sechste neu zugelassene Fahrzeug ein SUV war (http://www.vcoe.at/start.asp?ID=8660).

NICHT SOZIAL NEUTRAL

Sie ist alles andere als sozial neutral. Sowohl im globalen Süden als auch im globalen Norden besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen Haushaltseinkommen und Energieverbrauch (Wuppertal Institut für Klima 2005: 83; für Österreich siehe Prettenthaler et al. 2008). Außerdem gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede im Energieverbrauch, und zwar derart, dass im globalen Norden durch die Konsummuster von Männern mehr CO_2 emittiert wird als durch jene von Frauen (Appel 2010).

In jüngerer Zeit scheinen die Widersprüche der imperialen Lebensweise manifest zu werden. Die tendenzielle Erschöpfung fossiler Energieträger, wie sie der Rede vom »Peak Oil«, dem Höhepunkt der Erdölförderung, zugrunde liegt, die zunehmende Kritik am »Agro-fuels Project« (McMichael 2008), also dem Versuch, fossile Treibstoffe im Transportsektor partiell durch Agrartreibstoffe zu ersetzen, oder der Reaktorunfall von Fukushima verweisen auf die Gefahren und Grenzen der imperialen Lebensweise. Dazu kommt die Ausbreitung fossilistischer Konsummuster unter den Ober- und Mittelklassen der aufstrebenden Schwellenländer.

Letzteres steht ebenso für die Attraktivität der Lebensweise des globalen Nordens, wie sie dieser langfristig die Grundlage entzieht. Wie gesehen beruht die imperiale Lebensweise des globalen Nordens, sozial und ökologisch gesehen, auf Exklusivität. Sie setzt voraus, dass nicht alle Menschen gleichermaßen auf die Ressourcen und Senken der Erde zugreifen. Nur dann lassen sich ihre Kosten in Raum und Zeit externalisieren. In Anlehnung an die klassische Imperialismustheorie ließe sich sagen, dass der entwickelte Kapitalismus eines nicht-kapitalistischen oder zumindest eines weniger entwickelten Außen bedarf, damit er nicht an seinen ökologischen Widersprüchen zugrunde geht. In dem Maße, wie die exklusive Inanspruchnahme menschlicher und natürlicher Ressourcen sowie von Senken durch den globalen Norden aufgrund von geopolitischen und -ökonomischen Verschiebungen infragegestellt wird und damit das Außen des entwickelten Kapitalismus schrumpft, schwindet die Möglichkeit einer räumlichen und verkürzt sich der Horizont einer zeitlichen Externalisierung seiner ökologischen Kosten.

In dieser Konstellation sind mehrere Entwicklungen vorstellbar. Zum einen wächst die Gefahr, dass die internationalen Beziehungen konfliktträchtiger und gewaltförmiger werden. Die öko-imperialen Spannungen zwischen den Mächten des globalen Nordens und den aufstrebenden Ländern des globalen Südens nehmen zu. Sie entladen sich in Ressourcenkonflikten und in der Krise internationaler umweltpolitischer Terrains, auf denen um die – über die Zuteilung von »Verschmutzungsrechten« vermittelte – Ermöglichung bzw. Beschränkung fossilistischer Entwicklung gerungen wird. Zum anderen zeichnet sich ein »Green New Deal« als mögliches neues hegemoniales Projekt ab, das nicht nur die Klima- und Energie-, sondern auch die Wirtschaftskrise durch Investitionen in einen sozial-ökologischen Umbau zu überwinden verspricht und deshalb bei einer zunehmenden Zahl gesellschaftlicher und politischer Akteure (Grüne Parteien, Teile von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, NGOs, Wissenschaft) auf Zustimmung trifft.

3. »Ernährungssouveränität« beinhaltet im Unterschied zu »Ernährungssicherheit« nicht nur den Zugang zu Nahrung, sondern auch die Voraussetzungen, um die eigenen Lebensmittel selbstbestimmt erzeugen zu können (Eberhardt 2008).

Aus einer kritischen Perspektive wird genau zu beobachten sein, ob sich der »Green New Deal« zu einem inklusiven Projekt entwickelt, das mit entsprechenden bündnispolitischen Strategien über seine kapitalistischen Schranken hinausgetrieben werden kann, oder ob es sich um ein Modernisierungsprojekt für Teile des globalen Nordens handelt, das seine Kosten in gewohnter Manier externalisiert, große Teile des globalen Südens exkludiert und entsprechend autoritär abzusichern versucht. In jedem Fall gilt es, die sich zuspitzende ökologische Krise des Kapitalismus zu nutzen, um der Forderung nach einer Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse Nachdruck zu verleihen. Vielversprechende Ansätze dazu finden sich etwa dort, wo kleinbäuerliche Organisationen gegen die Agrarindustrie für »Ernährungssouveränität« kämpfen[3], wo die Automobilität durch intelligente und sozialverträgliche Systeme des öffentlichen Transports zurückgedrängt wird oder wo der Macht der großen Energieversorger ein Gegenpol in Gestalt dezentraler Versorgungsstrukturen auf der Basis erneuerbarer Energie erwächst.

Literatur

Appel, Anja (2010): Die Genderbilanz des Klimadiskurses. Von der Schieflage einer Debatte. In: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (2), 52-62. | **Brand, Ulrich / Wissen, Markus** (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse In: Alex Demirović/Julia Dück/Florian Becker/Pauline Bader (Hrsg.): VielfachKrise. Im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg. | **Eberhardt, Pia** (2008): Nahrungsmittelkrise: Zwischen Technikgläubigkeit und Ernährungssouveränität. In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung Heft 76, 51-61. | **Jasanoff, Sheila** (2004): Heaven and Earth: The Politics of Environmental Images. In: Sheila Jasanoff/Marybeth Long Martello (Hrsg.): Earthly Politics. Local and Global in Environmental Governance, Cambridge MA, 31-52. | **McMichael, Philip** (2008): Agro-fuels, food security, and the metabolic rift. In: Kurswechsel (3), 14-22. | **Newell, Peter / Paterson, Matthew** (2010): Climate Capitalism. Global Warming and the Transformation of the Global Economy, Cambridge. | **Prettenthaler, Franz / Habsburg-Lothringen, Clemens / Sterner, Cornelia** (2008): Soziale Aspekte von Climate Change Impacts in Österreich. In: Arme und Reiche in Österreich: Wer verursacht den Klimawandel und wer ist davon am meisten betroffen? Wien: GLOBAL 2000, http://www.global2000.at/module/media/data/global2000.at_archive/6876.pdf (23.05.2011). | **Wissen, Markus** (2010): Klimawandel, Geopolitik und »imperiale Lebensweise«. Das Scheitern von „Kopenhagen“ und die strukturelle Überforderung internationaler Umweltpolitik. In: Kurswechsel (2), 30-38. | **Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie** (2005): Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit, München.

MARKUS WISSEN

lehrt und forscht am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Seine Arbeitsschwerpunkte sind gesellschaftliche Naturverhältnisse, internationale Umweltpolitik und die räumlichen Dimensionen der Transformation von Staatlichkeit. Jüngste Veröffentlichung: Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates. Konflikte um die Räumlichkeit staatlicher Politik und die Kontrolle natürlicher Ressourcen. Münster 2011, Verlag Westfälisches Dampfboot.

MICHAEL SCHNEIDER, ÜBERTRAGUNG, 2010, SIEBDRUCK AUF EMAILPLATTEN, U3 JOHNSTRASSE, AUSGANG MEISELMARKT

Globale Klimaverhandlungen im Visier

Die Weltklimakonferenzen der letzten Jahre haben dem Klimaschutz große mediale Aufmerksamkeit verschafft. Bernhard Obermayr zeigt die Entwicklung der Verhandlungen auf und beleuchtet die Rolle Österreichs beim Klimaschutz.

Die Welt der Klimapolitik war 2008 noch in Ordnung: Al Gore gewann für seinen Einsatz Nobelpreis und Oscar; die extremen Wetterereignisse lösten eine globale Debatten aus, in der EU war Klimapolitik hoch auf der Agenda…. In einer legendären Auseinandersetzung mit der Bush-Regieriung konnte mit der sogenannten »Bali-Road-Map«, der letzte relevante Erfolg bei den UN-Klimaverhandlungen – ein ambitioniertes Arbeitsprogramm bis 2010 – beschlossen werden. Der emotionale Ausbruch des Chefverhandlers von Papua Neuguinea im nächtlichen Plenum – »Lead, Follow or go out of the way!« – in Richtung der USA wurde zum Slogan und zur Steilvorlage für die Obama-Administration.

DAS ELEND DER KLIMAVERHANDLUNGEN

Drei Jahre, zunehmende Auswirkungen des Klimawandels und einen Wechsel im Weißen Haus später ist die internationale Staatengemeinschaft von einem globalen Abkommen deutlich entfernter als damals in Bali. Das ist doppelt frustrierend: Zum einen wird das brennende Thema Klimawandel nicht adäquat adressiert. Zum anderen werden damit die zarten Versuche, ein politisches System zur Bearbeitung globaler Probleme zu etablieren, zerstört. Im Kern bleibt die Abhängigkeit vom guten Willen und der innenpolitischen Situation einiger weniger Schlüsselländer als Basis für globales Handeln übrig. Insbesondere – und das war eine Lehre aus den Verhandlungen in Kopenhagen – spitzt es sich auf das Duell USA–China mit freundlicher Beteiligung der großen Entwicklungsländer (Indien, Brasilien und mit Abstrichen Südafrika) zu. Begleitet wird dies von einem hilflosen Agieren der EU. Diese Konstellation hat definitiv keine Problemlösungskompetenz.

Insbesondere zwei strukturelle Probleme verhindern einen notwendigen Durchbruch, der von allen Akteuren beschworen wird und an dessen Notwendigkeit kaum jemand zweifelt. Erstens werden bei den Klimaverhandlungen eine Fülle von Themen verhandelt. Dabei verschwinden schon mal die Bedrohung durch den Klimawandel und die notwendigen politischen Reaktionen darauf aus dem Fokus. Stattdessen werden Fragen der Wettbewerbsfähigkeit und globaler Handels- und Wirtschaftspolitik ins Zentrum der Auseinandersetzung gerückt. Dieser Trend wurde durch das Scheitern der WTO-Verhandlungen verstärkt. Das Ausmaß der Business-Lobbyisten hat entsprechend zugenommen und keine Regierung war mehr in der Lage oder willens, Kompromisse zu schließen die auch die notwendigen Kosten für die entsprechenden Sektoren bedeutet hätten.

Zweitens hat gerade die Prominenz des Themas den Verhandlungen nicht gut getan. Die Erwartungen an die Konferenz in Kopenhagen und ihre Bedeutung wurden so stark in die Höhe geschraubt, dass es zum bedeutendsten politischen Event des Jahres wurde. Mehr als 100 Staats- und Regierungschefs waren angereist und die globale Medienaufmerksamkeit war überwältigend.

Die Verhandlungen gewannen dadurch aber nicht an Dynamik im Sinne eines Drucks auf einen Konferenzerfolg, etwas Herzeigbares präsentieren zu können. Vielmehr folgte eine Angststarre, bloß nicht nachgeben zu können, um innenpolitisch nicht als Verlierer oder Verräter an den nationalen Interessen da zu stehen. Obamas große Rede vor Ort war ein Musterbeispiel für diese Haltung. Anstelle Angebote zu machen, ritt er vehemente und wenig diplomatische Attacken gegen China. Zielgruppe dieser Rede waren sicher nicht die Verhandlungspartner, die sich vom größten globalen Klimasünder irgendwelche Schritte in Richtung Klimaschutz erwartet haben. Adressaten waren große Teil der US-ameri-

kanischen Öffentlichkeit. Diese wähnt sich in einem neuen Kalten Krieg mit China und wird von ökonomischen Abstiegsängsten durch Jobverlust in Richtung Ostasien geplagt – wiederum Gift für die Fähigkeit, Kompromisse zu erzielen.

DIE SCHWÄCHEN DER EU

Die EU hatte hier eine Sonderrolle. Als traditionell treibende Kraft in der Klimapolitik als auch bei der Etablierung globaler Governance-Strukturen zeigt sich die Union seit einigen Jahren diesbezüglich politisch paralysiert. Der Lobbydruck der Energieversorger, Automobil- und Schwerindustrie ist stetig gewachsen. Der Einfluss jener Sektoren und Branchen, die von ambitionierteren Klimazielen profitieren würden, kann damit (noch) nicht Schritt halten. Ein anderes Problem sind die neuen Mitgliedsländer mit ihrer überwiegend veralteten Energieinfrastruktur, gekoppelt mit der moralischen Überzeugung, bereits genug zum Klimaschutz beigetragen zu haben, da ihre Emissionen durch den Zusammenbruch der Schwerindustrie in der Transformationsperiode stark geschrumpft sind. Die damit verbundenen sozialen Probleme lasten noch immer schwer auf den Ländern und blockieren weitere Anstrengungen.

Dies wird durch den Unwillen der reichen EU-Länder, zusätzliche Transferleistungen in Richtung Zentral- und Osteuropa zu finanzieren, noch verstärkt. Überhaupt ist die EU mit ihren 27 Mitgliedsländern zumindest in Bereichen, die Einstimmigkeit erfordern, kaum noch handlungsfähig. Die Rolle der Schrittmacherin in den globalen Verhandlungen hat die EU damit längst verloren und kein anderer starker Player ist gegenwärtig bereit oder in der Lage, diese Rolle zu übernehmen. Besonders bezeichnend und für die EU peinlich war das Ende der Verhandlungen in Kopenhagen. Der beschämende Deal – der sogenannte »Kopenhagen Akkord« in dem kaum mehr als allgemeine Absichtserklärungen Eingang fanden, wurde von den USA, China, Indien, Brasilien und Südafrika ausverhandelt. Die EU wurde nachträglich informiert und musste das Papier nicht nur schlucken, sondern gegen die harsche und berechtigte Kritik vieler Entwicklungsländer auch noch verteidigen, um überhaupt ein Abschlussdokument zu erhalten.

DER US-WAHNSINN

Nach Kopenhagen war der politische Prozess am Ende. Der Kopenhagen Akkord war kaum das Papier wert, auf dem er geschrieben stand. Die politische Dynamik hatte sich von globaler Kooperation weg entwickelt. Es kam aber noch schlimmer: Die Preise für CO_2 brachen ein, die Investitionsbereitschaft in Erneuerbare ging kurzfristig zurück und sogar die wissenschaftsfeindliche Leugnungsdebatte erlebte vor allem in den USA ein neuerliches Hoch. Die deutlichen Wahlerfolge der Tea-Party bei den *US-Midterm Elections* taten ihr übriges, um den Prozess zu zerstören.

Die fanatische Unterstützung der fossilen Industrie und das Leugnen der Existenz des Klimawandels ist, neben einer radikalen anti-etatistischen Grundhaltung, eine der wenigen verbindenden Elemente der ansonsten sehr heterogenen Tea-Party-Bewegung. Nachdem die Obama-Administration mit einer deutlichen Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses an einer Klimagesetzgebung scheiterte, ist seit den *Midterm Elections* klar, dass ein globales Abkommen unter Einbeziehung der USA in absehbarer Zeit nicht möglich sein wird. Entsprechend unergiebig verlief der weitere Verhandlungsverlauf. Bei den Verhandlungen in Cancun Ende 2010 wurde zumindest der Prozess als solcher gerettet, aber keine nennenswerten weiteren Ergebnisse erzielt. Auch für die Konferenz in Durban im Dezember 2011 gibt es kaum hoffnungsvolle Vorausschauen.

ALTERNATIVE GESUCHT

Was tun, wenn der globale Politikprozess sich erschöpft und nicht in der benötigten Geschwindigkeit ein neues Momentum generierbar scheint. Bei dieser Auseinandersetzung ist wichtig, sich klar zu machen, was die Bedeutung des Kyoto Protokolls ist und was mit den Verhandlungen rund um Ko-

penhagen intendiert war. Ein Vertrag für sich genommen ist nicht viel wert und führt per se zu keinen Treibhausgasreduktionen oder Änderungen der Produktions- und Konsummustern. Ein Vertrag, der hochrangige politische Unterstützung besitzt, kann aber ein deutliches Signal an EntscheidungsträgerInnen in Politik und Wirtschaft darstellen. Jeden Tag treffen Investoren die Entscheidung in Erneuerbare oder in Kohle zu investieren; Unternehmen entscheiden über die Einführung von Maßnahmen zur Effizienzsteigerung, Politik auf allen Ebenen entscheidet über entsprechende Rahmenbedingungen usw. Und genau diese Entscheidungen gilt es zu beeinflussen. Ein ambitionierter »Global Deal« hätte das Potenzial gehabt, entsprechend steuernd einzugreifen. Dieser hätte eine selbsttragende Entwicklung in Richtung eines erneuerbaren und effizienten Energie- und Wirtschaftssystem ausgelöst. Die Entwicklung geht heute bereits global in diese Richtung. Vor allem im Bereich des Ausbaus erneuerbarer Energieträger ist der Trend unumkehrbar. Trotzdem muss die Geschwindigkeit und Intensität der Entwicklung noch gesteigert werden, wenn gefährlicher Klimawandel noch einigermaßen eingedämmt werden soll. Kopenhagen hätte das mit einem ambitionierten Abkommen bewerkstelligen können.

Im Kern heißt das, dass es um einen anderen Weg geht, um die Geschwindigkeit und Intensität des Transformationsprozesses zu erhöhen. Wenn Top-Down nicht funktioniert, ist Bottom-Up gefragt. Als Reaktion auf das vorläufige Scheitern der globalen Klimaverhandlungen geht es jetzt darum, um genau diese politischen und ökonomischen Investitionsentscheidungen zu kämpfen. Es geht um nationale Energiepläne; politische Rahmenbedingungen von europäischen Abgasrichtlinien, über chinesische Fünfjahrespläne, bis zu brasilianischen Waldschutzgesetzen; es geht um die langfristigen Unternehmensstrategien großer Energieversorger und die Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen etwa der Stahl- oder Automobilindustrie. Es geht jedenfalls um Entscheidungen kollektiver und mächtiger Akteure, die Rahmenbedingungen für individuelles Handeln setzen und nicht primär um das individuelle Handeln selbst. Die häufig gestellte Forderung an Einzelne, durch ihr Handeln einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, ist überwiegend als Ablenkungsmanöver für politisches Versagen und unternehmerische Profitinteressen auf Kosten des Klimas zu bewerten. Klimafreundliches individuelles Handeln ist zu begrüßen, primär müssen aber die Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass ein solches Handeln gefördert und nicht als Quasi-Spende abverlangt wird.

Die jüngeren Entwicklungen 2011 geben jedenfalls erstmals wieder leichten Grund zu Hoffnung. Zwei voneinander unabhängige Entwicklungen führen zu diesen notwendigen Signalen. In einigen Schlüsselländern, allen voran Großbritannien, wird Klimaschutz wieder sehr ernst genommen. Auch in Teilen der USA werden auf bundesstaatlicher und regionaler Ebene ernsthafte Anstrengungen unternommen. Dazu kommt die Erkenntnis, dass alternative Energieformen eine der technologischen Kampfzonen des 21. Jahrhunderts sind und sich Investoren jetzt eine entsprechende Pole-Position für die Zukunft sichern können. Allen voran versucht China sich hier zu positionieren. Jedenfalls führen diese nationalen und regionalen Entwicklungen zu einer deutlichen Steigerung an Investitionen in Erneuerbare.

Und dann kam natürlich Fukushima. Der Reaktorunfall in Japan führte in einigen Schlüsselländern zu einer Neuformulierung der Energiepolitik. Insbesondere in Deutschland wird es zu einem Atomausstieg kommen, der – und das ist politisch das Wichtigste – durch den Ausbau von Erneuerbaren und Effizienzmaßnahmen aufgefangen werden soll und nicht durch fossile Energieproduktion und Atomstromimporte. Auch in Japan wird sich diesbezüglich Vergleichbares ereignen. Wenn einige der stärksten und technologisch führenden Volkswirtschaften einen derartigen Umbau des Energiesystems beschließen, dann ist das ein entsprechendes Signal. An sich bereits positive Entwicklungsprognosen für alternative Energien werden durch die absehbaren Investitionen noch deutlich übertroffen. Die Konkurrenzfähigkeit von Klimakil-

lern und atomarer Hochrisikotechnologie wird entsprechend abnehmen. So wird eine selbsttragende Entwicklung möglich.

Genau solche Entwicklungen müssen jetzt bewusst unterstützt werden, damit daraus ein globaler Trend wird. Und da lohnt ein Blick auf Österreich. Österreich ist im Klimaschutz auf allen Ebenen ein Versager. Begünstigt durch die Geografie des Landes und die damit einhergehende ausgezeichnete Ausstattung mit Wasserkraft, gibt es kaum europäische Länder die ein derartig gutes Potenzial für Klimaschutz besitzen. In Realität gehört Österreich zu den europäischen Schlusslichtern, gekennzeichnet durch permanente Aushöhlung der Ökostromentwicklung, dem Kapitulieren vor den Verkehrsemissionen und der Bekämpfung klimafreundlicher europäischer Politiken auf allen Ebenen. Ökostrom ist weitgehend zur Landwirtschaftsförderung verkommen und das Potenzial bei Wind und Solar wird nicht ansatzweise ausgeschöpft. Die bestehende Ausgestaltung der Ökostrom-Förderung führte zu einer überproportionalen Förderung von Biomasse- und Biogas-Anlagen. Seit 2006 ist der Windausbau gegen Null gegangen und kein Windrad mehr neu aufgestellt. Der Anteil an Ökostrom beträgt 11,4% (3,7% Biomasse, 3,6% Wind, 1,5% Kleinwasserkraft – im Vergleich dazu hält in Deutschland Windkraft allein bei knapp 10%).

Die Emissionen aus dem Verkehr nehmen jährlich zu und werden durch unterdurchschnittliche Benzinpreise subventioniert. Auch ist die Dichte an den schweren und spritfressenden SUVs in Österreich überdurchschnittlich. Und auf politischer Ebene könnte es kaum schlechter sein. Österreich spricht sich gegen jedes stärkere europäische Ziel aus, bremst bei Abgasregulierungen im Automobilbereich und kämpft um Ausnahmeregelungen bei den Zielen zum Einsatz von Erneuerbaren. Während der internationalen Verhandlungen rund um Kopenhagen fiel Österreich einzig durch absurde und klimabilanzverfälschende Vorschläge zur Anrechnung der Wälder auf die nationalen Klimaziele auf. Jetzt gäbe es im Sog der deutschen Entwicklungen eine neue Chance, sich ein klares energiepolitisches Ziel zu setzen und Teil einer europäischen Energierevolution zu werden. Dafür wären politische Projekte wie ein echtes Ökostromgesetz – also ein Gesetz das sich in erster Linie an dem Ausbauzielen für Windparks, ökologisch sinnvolle Wasserkraft oder Photovoltaik und nicht an finanziellen Begrenzungen für Ökostrombetreiber orientiert –, Importstopp bei dreckigen Energien (Kohle, Atom) und eine Wende in der Verkehrspolitik nötig.

Auf Basis von Entwicklungen wie in Deutschland, Großbritannien und voraussichtlich Japan kann dann auf globaler politischer Ebene wieder nachgezogen werden. Ein internationaler Vertrag zum Klimaschutz, der auf einer bereits stattfindenden Energiewende basiert, hat wieder Chancen auf Umsetzung. Hierbei können dann global verbindliche Regeln im Umgang mit Treibhausgasen beschlossen werden, und vor allem diejenigen Länder unterstützt werden, die aus eigener Kraft eine solche Wende nicht bewerkstelligen können. Auch wenn kurzfristig ein solches Abkommen nicht realistisch ist, darf es als notwendiger globaler Ordnungsrahmen nicht aus den Augen verloren werden. Der Fokus muss aber auf der Änderung der Rahmenbedingungen bei den wichtigsten globalen Akteuren liegen. Die EU kann wieder eine notwendige und langfristig auch für Europa positive Rolle spielen, braucht aber hierzu starke nationale Politiken der Mitgliedsländer. Österreich muss sich entscheiden, ob es seinen Beitrag leisten will und zu den verantwortlichen und ökonomisch und technologisch führenden Ländern des 21. Jahrhunderts gehören oder sich in einer verantwortungslosen und technologisch veralteten Position eingraben will.

BERNHARD OBERMAYR
ist Ökonom und Kampagnenleiter für Zentral- und Osteuropa bei Greenpeace. Er ist Mitglied des internationalen Politikteams von Greenpeace und hat in dieser Eigenschaft an den UN-Klimaverhandlungen der letzten Jahre teilgenommen.

HOFSTETTER KURT, PLANET DER PENDLER MIT DEN 3 ZEITMONDEN, 1993, VIDEOINSTALLATION, U3-U4 LANDSTRASSE, BAHNSTEIGBEREICHE U3, U4 UND S-BAHN

MICHAEL HEDWIG, BEWEGUNGEN DER SEELEN, 2005, ACRYLBILDER, U3 STUBENTOR, AUSGANG STUBENRING

Aktuelle Energiepolitik in Österreich und Europa

Fragen der Energieversorgung haben aktuell wieder Konjunktur. Wolfgang Katzian diskutiert europäische Zielsetzungen und österreichische Schritte in der Energiepolitik.

Seit der Atomkatastrophe in Fukushima gibt es in Österreich nicht mehr nur die sprichwörtlichen acht Millionen Teamchefs und -chefinnen, sondern mindestens genauso viele EnergieexpertInnen. Während man darüber beim Fußball noch schmunzeln kann, fußt dieser »ExpertInnenzuwachs« aber im Bereich der Energiepolitik auf nachvollziehbaren Beweggründen. Das Ausmaß der Atomkatastrophe in Japan hat das, in den letzten Jahren ohnehin gestärkte, Augenmerk auf die Frage der Beschaffenheit unserer Energieversorgung noch deutlich, und ich meine nachhaltig, in den Mittelpunkt öffentlicher Debatten gerückt.

Energiepolitik findet abseits emotionaler Fragen, wie der der Kernkraftnutzung oder bei einzelnen Projekten der Umweltbeeinflussung, überwiegend abseits der großen öffentlichen Debatten statt. Die Energieversorgung hat, so erwarten es sich die Bürgerinnen und Bürger, zu funktionieren, kostengünstig zu sein und so zu erfolgen, dass keine Ressourcen verschwendet werden und die Umwelt möglichst unbelastet bleibt. Welche Strukturen das garantieren und welcher politische Rahmen dazu nötig ist, ist eine Diskussion, die bislang überwiegend Fachöffentlichkeiten beschäftigte. Mit einer zunehmenden Auseinandersetzung mit der Frage, welche Energieversorgung man will oder stärker noch, welche man nicht will, rücken aber auch Fragen der grundsätzlichen Beschaffenheit der Energieversorgungssysteme in den Vordergrund.

Energiepolitische Zielsetzungen:
Versorgungssicherheit – Leistbarkeit – Nachhaltigkeit

Die Kriterien Versorgungssicherheit, Leistbarkeit und Nachhaltigkeit stellen das Zieldreieck österreichischer und mit unterschiedlicher Gewichtung auch europäischer Energiepolitik dar, wobei Leistbarkeit mitunter durch Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit durch Umweltverträglichkeit ersetzt wird. Allesamt Begriffe, die vortrefflich in jede Sonntagsrede passen und in denen sich jede/r zumindest überwiegend wieder finden kann. Wie sieht aber eine sozialdemokratische Deutung dieser Begriffe aus, mit welchen Inhalten füllen wir diese Worthüllen? Versorgungssicherheit ist vor allem unter den Aspekten der grundsätzlichen Rohstoffverfügbarkeit (etwa durch zusätzliche Diversifikation der Quellen) sowie leistungsfähiger Infrastruktur zu sehen, die dazu führen, dass Energie jedem/jeder jederzeit bei Bedarf verfügbar ist.

Damit auch alle, die Energie benötigen, in deren Genuss kommen können, muss sie auch leistbar sein. Auch wenn sich die Meisten gar nicht mehr vorstellen können, wie es ist ohne Strom oder Raumwärme zu leben, so ist dieses Erlebnis für die über 200.000 von Energiearmut betroffen Menschen in Österreich Teil ihres Alltags. Die Zielsetzung Nachhaltigkeit ist schon eher Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung, berührt sie doch eine Reihe emotionaler Fragen, die zum Teil in übergeordnete Diskussionen eingebettet sind: »Wie gehen wir mit unseren Ressourcen um?«, »Welche Eingriffe in die Umwelt halten wir für vertretbar, welche nicht?«, usw. Die Nachhaltigkeitsdiskussion hat in den letzten Jahren auf Grund globaler Diskussionen um den Klimawandel zusehends an Gewicht bekommen und die anderen Aspekte überlagert.

Eine vernünftige Herangehensweise an diesen Aspekt scheint mir die Frage der Aufteilung der Ressourcen zu sein, sowohl auf globaler Ebene als auch bezüglich der zeitlichen Komponente – lassen wir noch etwas für nachfolgende Generationen übrig?

Einen unschätzbaren Beitrag zur Erreichung der energiepolitischen Zielsetzungen stellt meiner Meinung nach die Eigentümerstruktur der Energieversorgungsunternehmen dar. So stehen etwa die Landesenergieversorger sowie der Verbund mehrheitlich im Eigentum der Länder bzw. des Bundes, was dafür sorgt, dass Profitmaximierung nicht der einzige Unternehmenszweck ist.

Und weil die wesentlichen Energieversorger im Eigentum der öffentlichen Hand und somit der Bürgerinnen und Bürger stehen, lassen sich Auswüchse wie bei den großen Atomkonzernen, die sich mit allen Mitteln gegen verlässlichere Sicherheitsauflagen wehren, vermeiden.

EXKURS Kernenergie:
Zwentendorf – Tschernobyl – Fukushima

Drei Orte mit großer Bedeutung für die österreichische Atom- und Energiepolitik. 1978, so lernen es heute die Kinder in den Schulen, hat sich Österreich den »Luxus« gegönnt und ein Atomkraftwerk errichtet, das nie in Betrieb genommen wurde: das AKW Zwentendorf. Etwas ähnliches hat bislang nur der deutsche Energiekonzern RWE mit dem Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich zustande gebracht, das 1988 nach 100 Tagen Regelbetrieb auf Grund von Formalfehlern für immer vom Netz genommen wurde. In Österreich waren es allerdings nicht rechtliche Aspekte, die den Betrieb verhinderten, sondern eine Volksabstimmung in der sich eine knappe Mehrheit gegen die Inbetriebnahme aussprach.

Und heute entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass wir gerade im Kreisky-Gedenkjahr so unendlich froh über eine seiner größten Niederlagen sein müssen, die sich nachträglich als wahrer Glücksgriff erwiesen hat. Noch im selben Jahr 1978 wurde das Atomsperrgesetz beschlossen, mit dem in Österreich die Nutzung der Kernenergie ausgeschlossen wurde. Aus eben dieser Zeit stammt nicht nur das Atomkraftwerk in Fukushima, sondern auch ein Großteil der derzeit in Deutschland vom Netz genommen Kernkraftwerke, einige sind sogar baugleich. Als Ersatz für Zwentendorf wurde schließlich einige Jahre später das Kohlekraftwerk Dürnrohr in unmittelbarer Nähe errichtet.

Als nachträgliche Bestätigung der Richtigkeit der Entscheidung gegen die Nutzung der Kernenergie, erwies sich traurigerweise die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl 1986. Dass auch die zivile Nutzung der Kernenergie mit großen Gefahren verbunden ist, war nicht zuletzt auf Grund der Unglücke in Sellafield und Harrisburg bereits bekannt. Das Unglück in Tschernobyl im April 1986 führte uns aber eine neue Dimension der Risiken vor Augen und galt berechtigterweise bis zum März dieses Jahres als Synonym für den atomaren Schrecken. Seit diesem Zeitpunkt ist mit dem Unglück im japanischen Fukushima ein neues Kapitel aufgeschlagen worden, dessen Ausmaß noch immer nicht abschätzbar ist.

Während sich die österreichische Politik und mit ihr die Sozialdemokratie in ihrer Linie bestätigt sieht, und in Deutschland nunmehr der Ausstieg vom Ausstieg aus dem Ausstieg beschlossene Sache ist, sehen andere große EU-Staaten wie Frankreich oder Großbritannien keinen unmittelbaren Handlungsbedarf und andere Länder wie etwa Polen überlegen gar nach wie vor den Einstieg in die Nutzung der Atomenergie. Die Gründe dafür sind so einfach wie falsch: Atomenergie gilt jedenfalls global gesehen immer noch als günstige Form der Stromerzeugung, die noch dazu sauber und umweltfreundlich sei. Die vermeintliche Sauberkeit der Atomenergie wird mit fehlenden CO_2-Emmissionen argumentiert, lässt aber die Umweltbelastungen beim Uranabbau und vor allem die Frage der Zwischen- und Endlagerung komplett außen vor. Was die Kostengünstigkeit anbelangt, so resultiert die überwiegend auf der Sozialisierung der Kosten (bei Unfällen und Endlagerung). Die Tatsache, dass sich etwa Fukushima-Betreiber TEPCO schon außer Stande erklärt hat, die Folgekosten der Katastrophe zu tragen, muss und wird wohl auch innerhalb der EU die Debatte um Haftungen und Kostenwahrheit anfeuern – leicht wird es trotzdem nicht werden.

Die Wahl des Energiemix ist, darauf weist EU-Kommissar Günther Oettinger derzeit bei jeder Gelegenheit in Ablehnung des von der SPÖ geplanten Europäischen BürgerInnenbegehrens gegen Atomkraft hin, nicht im Zuständigkeitsbereich der Europäischen Union, sondern obliegt den Mitgliedsländern. Natürlich wäre ein BürgerInnenbegehren mit der einfachen Formel »Atomkraft – Ja oder Nein?« attraktiver, aber dem Ziel Atomausstieg kann man sich auch über Umwege, etwa entsprechende Sicherheitsauflagen oder Haftungsverpflichtungen, die den Betrieb bzw. Neubau unattraktiv machen, erreichen.

Europäische Zielsetzungen:
Energieeffizienz – Erneuerbare Energie
– Treibhausgasreduktion

Derzeit laufen die europäischen Debatten mit einem großen Augenmerk auf die sogenannten »Stress Tests« und überlagern dabei die schon vorher geführten Diskussionen über die energiepolitischen Zielsetzungen der Europäischen Union, vor allem der Erreichung der 20-20-20 Ziele. Ende 2008 hat sich die Europäische Union Ziele zur Bekämpfung des Klimawandels gesetzt: Bis 2020 sollen in der EU die Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 2005 um 20% reduziert werden, während der Anteil an erneuerbaren Energien um 20% steigen und Energie gesamt um 20% effizienter genutzt werden soll. Mit diesen Zielen gehen verschiedene Maßnahmen wie etwa das Emissionshandelsystem oder der derzeit diskutierte Energieeffizienzplan einher.

Im Bereich des Anteils der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch hat sich Österreich auf Grund der guten Ausgangslage auf ein Ziel von 34% festgelegt. Nicht zuletzt angefeuert durch die Debatte um die Nutzung der Atomenergie stehen diese Zielsetzungen von zwei Seiten unter Druck. Einerseits gibt es die Erwartungshaltung, den Anteil erneuerbarer Energie schneller und deutlicher zu erhöhen, andererseits läuft bei einem zügigen Atomausstieg die Schiene aber sehr deutlich in die zumindest mittelfristig verstärkte Nutzung von Erdgas bzw. Kohle. Das vor allem deswegen, weil die großen Kapazitäten, die bei der Atomenergie wegfallen würden am ehesten durch diese Kraftwerkstypen mit großer Leistungsfähigkeit ersetzt werden können und erneuerbare Energie noch länger braucht um diese Summen zu liefern. Selbst in Deutschland, wo massive Förderungen in die Installation von Photovoltaik-Modulen flossen, beträgt ihr Anteil an der Stromerzeugung nicht einmal 2%.

Damit die Steigerung des Anteils aus erneuerbarer Energie aber nicht verpufft und um die Senkung der Emissionen wirtschaftlich realisieren zu können, bedarf es aber vor allem einer deutlichen Steigerung der Energieeffizienz. Gelingt es nicht, die Steigerung des Energiebedarfs durch effiziente Nutzung zumindest zu dämpfen, wird es schwierig bis unmöglich, diesen Zuwachs durch erneuerbare Energie zu decken.

Was machen wir in Österreich?

Obwohl Österreich selber keinen Atomstrom produziert, haben wir ihn doch in unseren Stromnetzen. Einerseits physikalisch, weil der Strom aus grenznahen Kraftwerken zu uns »drängt«, andererseits auch wirtschaftlich, weil Strom etwa auch an der Börse gehandelt wird und sich durch die Vielzahl der Transaktionen nicht mehr rückverfolgen lässt, welcher Strom erworben wird – dafür wird dann der sogenannte ENTSO-E Mix (früher UCTE-Mix) herangezogen, der die europäische Erzeugungsstruktur widerspiegelt, die natürlich auch Atomstrom enthält.

Wollte man den physikalischen Stromfluss verhindern, müsste man die Leitungen an den Grenzen kappen, was nicht nur dem EU-Energiebinnenmarkt widersprechen würde, sondern auch schwerwiegende wirtschaftliche Folgen hätte. Seit einigen Jahren sind wir auf Grund mangelnder Erzeugungskapazitäten auf Stromimporte angewiesen, die zum Teil über Börsen gehandelt werden und durchschnittlich eben Atomstrom enthalten. Um diese Importe zu vermeiden, bräuchte es eine größere heimische Stromproduktion, vor allem aus er-

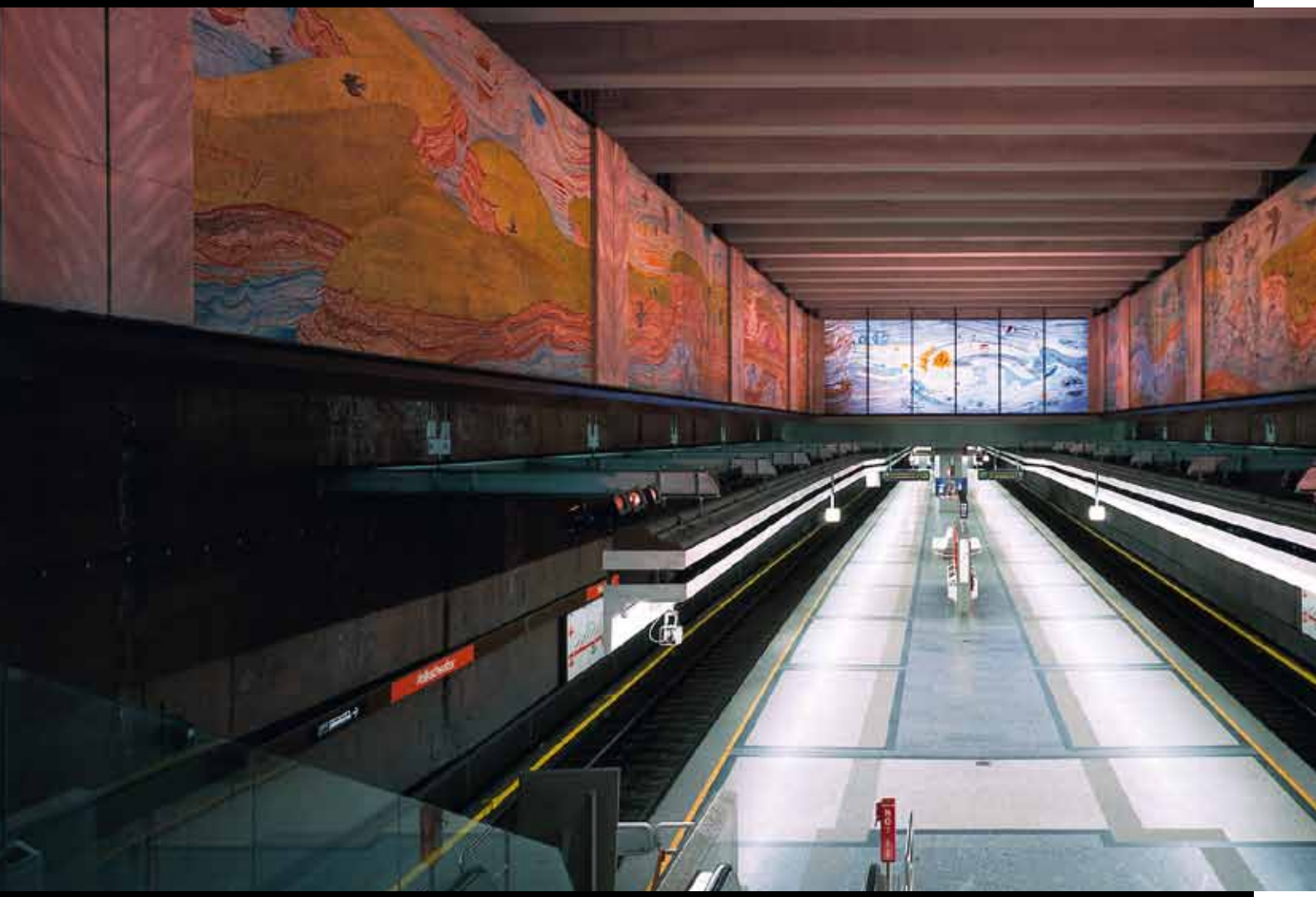
neuerbarer Energie. Beim Anteil erneuerbarer Energie an der Stromproduktion liegen wir dank der Wasserkraftnutzung im europäischen Spitzenfeld und haben zusätzlich einen wachsenden Bereich an gefördertem Ökostrom, der mit der kommenden Ökostromgesetzesnovelle deutlich steigen soll, vor allem im Bereich der rohstoffunabhängigen Erzeugung.

Wie schon für die europäische Ebene angesprochen, werden wir auch auf staatlicher Ebene enorme Anstrengungen im Bereich der Energieeffizienz benötigen, weil der Bereich der effizienten Energienutzung die größte noch unzureichend genutzte Ressource ist, über die wir verfügen. Daneben sollten wir uns auf ressourceneffiziente Technologien wie die Kraft-Wärme-Kopplung, die Strom- und Wärmeproduktion sinnvoll verbindet, und geographisch begünstigte Erzeugungsformen wie die Wasserkraft stützen und aber auch die nötige Infrastruktur, vor allem im Bereich der Netze (egal ob Strom, Gas, Wärme oder Kälte) den Anforderungen entsprechend bereitstellen.

Um gegenüber unseren Nachbarländern und darüber hinaus glaubhaft gegen Atomenergie einzutreten, müssen wir jedenfalls bei uns selbst alle Hausaufgaben erfüllen und mit guten Beispielen in unserer Energiepolitik voran gehen und gesamteuropäisch bei der Entwicklung der E-Mobilität genauso am Ball bleiben wie bei der Einführung »intelligenter« Stromnetze und –zähler. Die Energiepolitik steht jetzt im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte, und nicht nur die anlaufenden Stress Tests für die europäischen Kernkraftwerke, sondern vor allem auch die nach wie vor unklare Lage im Katastrophenkraftwerk Fukushima werden dafür sorgen, dass das auch noch eine Weile so bleibt. Das Interesse der unfreiwilligen »EnergieexpertInnen« wird wohl trotzdem etwas abflauen, der Blick auf die Welt der Energieversorgung hat sich für sie aber nachhaltig verändert.

WOLFGANG KATZIAN
ist Energiesprecher der SPÖ.

ANTON LEHMDEN, DAS WERDEN DER NATUR, 1991, MOSAIK, U3 VOLKSTHEATER, BAHNSTEIGHALLE (BEIDE BILDER)



Der ökologische Fußabdruck

Umweltbelastung und Ressourcenverbrauch lassen sich oft nur schwer veranschaulichen. Ingeborg Fiala stellt mit dem ökologischen Fußabdruck eine Größe vor, die sowohl gesellschaftliche als auch individuelle Umweltbelastungen darstellen kann.

Der ökologische Fußabdruck veranschaulicht den Umweltverbrauch, der durch Konsum und Handlungsweise verursacht wird. Die zugrunde liegende Idee ist, den Flächenbedarf, der durch Bereitstellung von Waren und Gütern sowie von Dienstleistungen, zur Energiebereitstellung oder zum Wohnen benötigt wird, abzuschätzen. Damit kann der Flächenbedarf für die verschiedenen Lebens- und Handlungsbereiche gegenübergestellt und auch zu einem Gesamtwert summiert werden.

Das Konzept des ökologischen Fußabdrucks *(ecological footprint)* wurde 1994 von William Rees und Mathis Wackernagel entwickelt. Es setzt bei der Tatsache an, dass alle natürlichen Rohstoffe, die wir zum Essen, Wohnen, Reisen etc. verbrauchen, Platz benötigen. Platz, um entstehen zu können, um nachzuwachsen oder um entstehende Abfälle und Emissionen abzubauen, z. B. Wälder, um CO_2 zu binden. Der Platz auf unserem Planeten ist durch seine Größe beschränkt. Die Forschungsfrage, die sich Rees und Wackernagel stellten, lautete: Wie viel Fläche beanspruchen wir, wie viel Fläche haben wir zur Verfügung?

Mit dem ökologischen Fußabdruck soll also Bewusstsein für die Knappheit von Ressourcen geschaffen und dabei gleichzeitig Anregung für Gestaltungsmöglichkeiten gegeben werden, um letztlich die wirtschaftliche Entwicklung mit den globalen Gegebenheiten in Übereinstimmung zu bringen.

Die Fläche des Fußabdrucks wird in »globalen Hektar« (gha) angegeben. Das globale Hektar ist ein Maß, das die unterschiedliche Fruchtbarkeit von Böden und ihre Fähigkeit, Rohstoffe auf- und Schadstoffe abzubauen, berücksichtigt. Das globale Hektar ist damit ein Durchschnittswert, der aus der unterschiedlichen »Biokapazität« von Böden errechnet wird. So ist es möglich, den Umweltverbrauch verschiedener Länder bzw. deren Einwohner miteinander zu vergleichen. Je größer der Fußabdruck, desto stärker wird die Umwelt beansprucht.

Das Konzept ermöglicht es, nicht nur den Fußabdruck zu ermitteln, den Staaten durch ihre Wirtschaftsweise verursachen, sondern auch jenen von Einzelpersonen durch ihre Lebens- und Handlungsweise sowie von anderen handelnden Einheiten. Dies könnten Gemeinden, Schulen, Betriebe oder andere wirtschaftlich agierende Organisationen sein. Allerdings müssten die Handlungsbereiche in Zahlen erfasst werden, die für sie jeweils charakteristisch sind und erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben. Manches davon kann genauer abgeschätzt werden als anderes, an Verbesserungen wird gearbeitet.

ÖSTERREICHS ÖKOLOGISCHER FUSSABDRUCK

Regelmäßig errechnet und publiziert wird der Fußabdruck der Staaten der Erde vom *Global Footprint Network*. Zuletzt wurde 2010 ein »Ecological Footprint Atlas« (http://www.footprintnetwork.org/en/index.php/GFN/page/Ecological%20Footprint%20Atlas%202010.pdf) herausgegeben. Er enthält nicht nur aktuelle Werte für den ökologischen Fußabdruck der einzelnen Staaten, sondern auch Werte für die Zeitspanne 1961–2007. Daraus ist die Veränderung im Zeitverlauf erkennbar. Im Gegensatz dazu waren die bisher alle zwei Jahre veröffentlichten Ergebnisse wegen Änderungen der Berechnungsmethodik nicht unmittelbar vergleichbar.

Nach diesen Berechnungen beträgt der ökologische Fußabdruck Österreichs 2007 5,3 gha pro Person. Bei einer

gleichmäßigen Aufteilung der Fläche unseres Planeten auf die Weltbevölkerung stehen jedem Menschen aber nur 1,8 gha zur Verfügung.

GROSSE UNTERSCHIEDE

Ein Vergleich der Ergebnisse der Staaten zeigt deutliche Unterschiede zwischen Staatengruppen bzw. einzelnen Staaten. Nordamerika hat mit 7,90 gha einen Wert am oberen Ende der Skala, der Europäische Durchschnittswert für den ökologischen Fußabdruck beträgt 4,8 gha. Der Wert für den Durchschnitt der asiatischen Länder liegt bei 1,78 gha, jener für die afrikanischen bei 1,41 gha. Das bedeutet, dass die Bevölkerung Indiens oder Kongos mit 0,91 gha bzw. 0,96 gha pro Kopf weniger »Natur« verbraucht als der zur Verfügung stehende Durchschnittswert.

In der Zeitspanne von 1961 bis 2007 hat sich der ökologische Fußabdruck der Welt insgesamt fast verdreifacht. Mit 2,7 gha als durchschnittlichem Fußabdruck der Weltbevölkerung im Jahr 2007 verbrauchen wir das 1,5-fache der Biokapazität unserer Erde. Ursache für diese Zunahme sind das Wachstum der Bevölkerung und der überproportional steigende Ressourcenverbrauch. Auch für Österreich zeigt sich in der Zeitspanne der zurückliegenden Jahre eine Steigerung des Energie-, Material- und Flächenverbrauchs.

Grafik 1 zeigt den energetischen Endverbrauch, jene Energiemenge, die dem Verbraucher für die Umsetzung in Nutzenergie zur Verfügung gestellt wird (Raumheizung, Beleuchtung und ADV, mechanische Arbeit usw.). Der Bruttoinlandsverbrauch wird aufkommensseitig aus der inländischen Erzeugung von Rohenergie, dem Außenhandelssaldo und der Lagerbewegung von Energie sowie verwendungsseitig aus dem Energetischen Endverbrauch, dem Nichtenergetischen Verbrauch von Energie (z. B. Petrochemie, Schmiermittel), dem Verbrauch des Sektors Energie und der Differenz von Umwandlungseinsatz und Umwandlungsausstoß (= Umwandlungsverluste) errechnet.

Der Direkte Materialinput (DMI) und der Inländische Materialverbrauch *(DMC, domestic material consumption)* geben den Ressourcendurchsatz in Österreich an (siehe Grafik 2). Sie umfassen Materialflüsse von mineralischen Materialien, Biomasse und fossilen Materialien. Der DMI setzt sich aus inländischer Materialentnahme plus Importen zusammen. Zieht man von diesem Materialaufkommen die Exporte ab, so erhält man den inländischen Materialverbrauch.

Unter versiegelter Fläche (siehe Grafik 3) wird die Summe der Bauflächen (bezüglich der Nutzungen: »Gebäude« und »befestigt« zu 100 % und der Nutzung »nicht näher unterschieden« zu 30 %) sowie der Sonstigen Flächen (bezüglich der Nutzungen »Straßenanlagen« zu 60 % und der Nutzung »nicht näher unterschieden« zu 10 %) verstanden. Sie wird in der Abbildung als Anteil an der Gesamtfläche und als Anteil am Dauersiedlungsraum (Baufläche, landwirtschaftlich genutzte Fläche, Gärten, Weingärten, Sonstigen Flächen außer Ödland) dargestellt.

Zur Eindämmung dieser steigenden Entwicklungen hat sich die österreichische Regierung Ziele gesetzt und Maßnahmen zur Erreichung formuliert. Der Energieeffizienz-Aktionsplan für Österreich legt 80.400 TJ als nationalen, generellen Energieeinsparrichtwert (bis 2016 gegenüber dem Durchschnittsverbrauch der Jahre 2001 bis 2005) fest. Da der Verbrauch von fossilen Energieträgern mit der Emission von Treibhausgasen verbunden ist, steht auch das nationale Klimaziel der Reduktion der Treibhausgasemissionen um 13 % bezogen auf die Emissionen des Jahres 1990 damit in Zusammenhang.

Auch die Reduktion des Ressourcenverbrauchs wurde als Ziel festgelegt. Die dauerhaft versiegelte Fläche soll auf 1 ha pro Tag reduziert werden. Klima- und Energiestrategie sind Beispiele für die Vorhaben der Regierung zur Umsetzung von Maßnahmen zur Erreichung der Ziele. Zur Änderung der Entwicklung notwendige Maßnahmen setzen ein Bewusst-

Quellen
Ewing B., D. Moore, S. Goldfinger, A. Ousler, A. Reed, and M. Wackernagel: The Ecological Footprint Atlas 2010. Oakland 2010: Global Footprint Network. | **Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft**: Das österreichische Indikatorenset für das Monitoring Nachhaltiger Entwicklung; 2011, http://www.nachhaltigkeit.at/article/archive/25773.

sein dafür voraus, wo Änderungen notwendig, möglich und besonders wirksam sind. Vom Gesetzgeber getroffene Maßnahmen sind dann besonders wirkungsvoll, wenn sie von der Bevölkerung mitgetragen werden.

PERSÖNLICHER ÖKOLOGISCHER FUSSABDRUCK

Zur Unterstützung dieses Verständnisses können Rechner beitragen, mit denen der persönliche ökologische Fußabdruck ermittelt werden kann. Sie unterstützen, einzelnen Personen bewusst zu machen, dass ihre Handlungen Auswirkungen auf die Umwelt haben. Dadurch, dass verschiedene Lebensbereiche berücksichtigt werden, ergibt sich auch die Möglichkeit, Rückschlüsse zu ziehen, wo eine Verbesserung ansetzen könnte, etwa bei der Mobilität oder bei den Ernährungsgewohnheiten, oder beim Energieverbrauch für das Heizen.

Bei den bisher angestellten Berechnungen bzw. den erstellten Modellen zur Berechnung des individuellen Fußabdrucks finden die Bereiche »Wohnen«, »Ernährung«, »Mobilität«, »Konsum«, »Dienstleistungen« und »Sonstiges« Eingang. Es fließen also u.a. die Wohnfläche, der Gerätebestand, die Energieversorgung für Heizen, Beleuchtung und Geräte, die mit verschiedenen Verkehrsmitteln zurückgelegten Wege sowie die Konsum- und Ernährungsgewohnheiten oder der Wasserverbrauch ein. Mit berücksichtigt werden auch Ressourcen, die der Allgemeinheit zugute kommen, z. B. für den Bau von Straßen, den Erhalt von Spitälern, Kultureinrichtungen, usw.

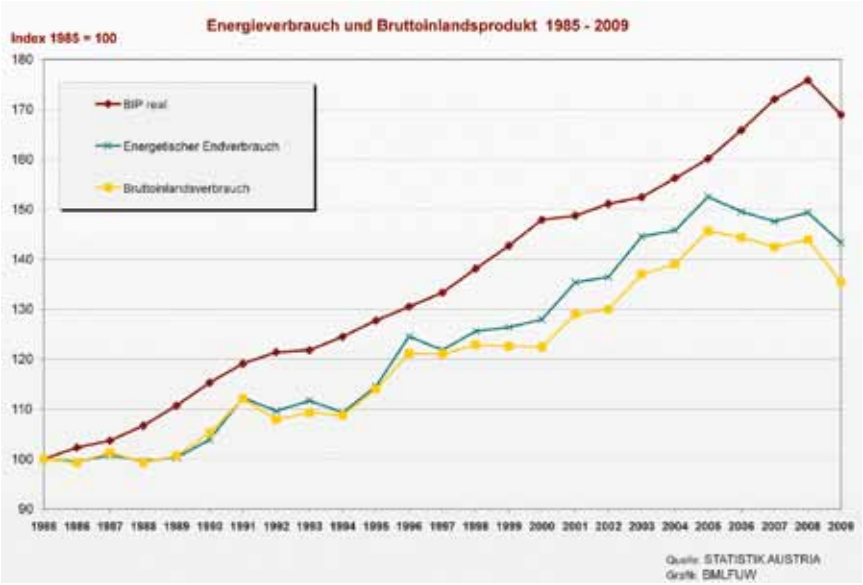
Der »Umweltverbrauch« aus den Bereichen wird Flächen zugeordnet, deren Summe die durch die individuelle Lebensweise »verbrauchte« Fläche illustriert. Das Lebensministerium hat im Herbst 2007 in Zusammenarbeit mit den NGOs der »Plattform Footprint« den »Rot-weiß-roten Fußabdruckrechner« (www.mein-fussabdruck.at) und danach eine an Jugendliche gerichtete Version www.footprintrechner.at erstellt. Damit kann jede/r einzelne Österreicher/in seinen/ihren Fußabdruck errechnen. Die Bezeichnung »Rot-weiß-rot« weist darauf hin, dass die Grunddaten für Österreich verwendet wurden. Sie orientieren sich gleichzeitig an internationalen Vereinbarungen und stellen damit den aktuellen Wissensstand dar. Das Konzept dieses Rechners beruht in wissenschaftlicher Hinsicht auf Arbeiten des Instituts für Soziale Ökologie, IFF – Fakultät für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung. Abgestimmt auf das individuelle Ergebnis werden im Rechner Anregungen für eine Lebens- und Handlungsweise zur Verringerung eines großen Fußabdrucks gegeben.

WEITERE UMWELTBELASTUNGEN

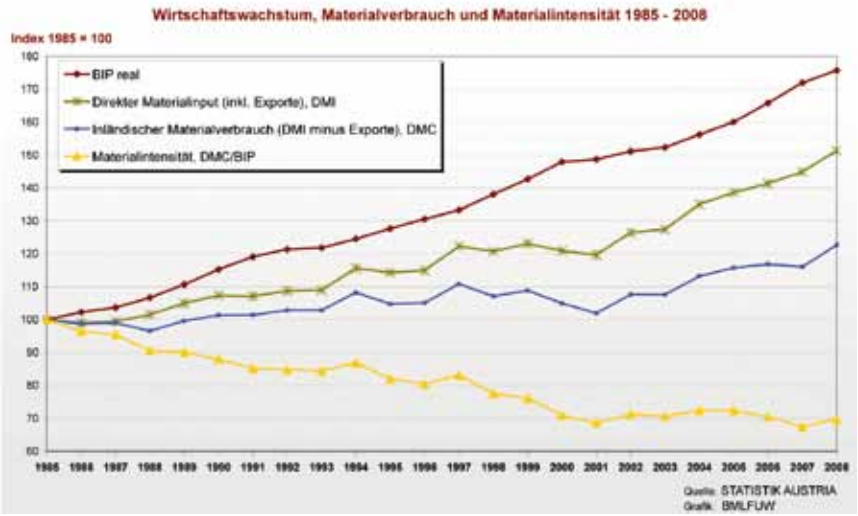
Das Konzept des Fußabdrucks ist die Erfassung des Verbrauchs von Materialien und Stoffen im gesamten Lebenszyklus eines Produkts durch die Lebensweise einer Person oder die Wirtschaftsweise eines Staates. Nicht alle Umweltauswirkungen können damit erfasst werden. Der Wert der Vielfalt unserer belebten Umwelt, die »Giftigkeit« oder Schädlichkeit von Stoffen, das Risiko von Kernenergie sind Beispiele, die der Fußabdruck nicht erfassen kann. Bei Schlüssen, die aus Ergebnissen gezogen werden, muss dies beachtet werden und Empfehlungen müssen dies berücksichtigen.

Nach dem Grundkonzept des Fußabdrucks werden auch der Carbon- und Wasser-Footprint ermittelt. Sie erfassen das während des Lebenszyklus emittierte CO_2 bzw. verbrauchte Wasser. So gibt der Carbon-Footprint eines Produkts Aufschluss über die klimawirksame Belastung der Atmosphäre und der Wasserfußabdruck über den Verbrauch der Ressource Wasser. Es erfolgt jedoch keine Umrechnung in eine Fläche. Eine Veranschaulichung der Begrenztheit der Ressourcen ist damit nicht gegeben, bei Abschätzungen mit gleicher Möglichkeit aber etwa ein Vergleich der Klimawirksamkeit bzw. des Wasserverbrauchs von Produkten. Im ökologischen Fußabdruck sind Auswirkungen von Treibhausgasemissionen und Wasserverbrauch mit berücksichtigt.

INGEBORG FIALA
ist Mitarbeiterin im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft im Bereich Monitoring und Bewertung nachhaltiger Entwicklung, Umwelt- und Nachhaltigkeitsindikatoren.



GRAFIK 1



GRAFIK 2

GRAFIK 3

WERNER FEIERSINGER, NEPOMUK, 2010, SKULPTUR (EDELSTAHL), U2 STADLAU, AUSGANG KAISERMÜHLENSTRASSE

PETER ATANASOV, STADTEINWÄRTS UND STADTAUSWÄRTS, 1991, FLIESENMOSAIK, U3 ERDBERG, STATIONSAUSGÄNGE

Green New Deal(s)

Zur Bekämpfung von drohender Klimakatastrophe und ökonomischer Krise treten seit einiger Zeit Konzepte unter dem Titel ›Green New Deal‹ an. Armin Puller zeigt leitende Gedanken der Debatte und Differenzen zwischen den Konzeptionen auf.

Seit der US-Ökonom Thomas L. Friedman 2007 in einem Artikel einfallsreich gegen die sich anbahnende Klimakatastrophe einen »Green New Deal« vorschlug, hat der Begriff weltweit Karriere gemacht und kursiert als Schlagwort in vieler Munde. In Analogie zum historischen »New Deal« 1933-36 in den USA wollte Friedman die Notwendigkeit einer grünen Wende jenseits von Klima- bzw. Umweltschädigung sowie einer zu organisierenden gemeinsamen gesellschaftlichen Kraftanstrengung betonen. Dem raschen Eingang in die Medienlandschaft und zahlreiche *think tanks* entsprechend, stellt der Begriff jedoch immer noch eine Worthülse dar und ist eher Knotenpunkt vielfältiger Forderungen und Vorschläge unterschiedlichster politischer AkteurInnen.

Gemeinsamkeiten von GND-Papieren bestehen vor allem in umweltpolitischen Belangen: Schaffung bzw. Ausbau eines »grünen« Wirtschaftssektors und einer »grünen« Infrastruktur, Umstrukturierung der Energieproduktion in Richtung erneuerbarer Energien und des Energiekonsums in Richtung Energieeffizienz. Als Effekte dieser umweltpolitischen Maßnahmen werden sowohl CO2-Reduktion als auch Beschäftigungszuwächse hervorgehoben. Damit sind die Gemeinsamkeiten der Konzeptionen aber auch schon vorbei: Hinsichtlich der Finanzierung und sozialen Absicherung grüner Maßnahmen herrschen teils fundamentale Auffassungsunterschiede vor.

Als zweite Konfliktlinie hat sich der Umgang mit Wirtschaftswachstum basierend auf Überlegungen zur Umstrukturierung des inneren Zusammenhangs kapitalistischen Wirtschaftens herausgebildet. Beide Konfliktlinien drehen sich letztlich um die Frage, ob »Green New Deal« eine neue, grüne Kapitalakkumulationsstrategie nach der Wirtschaftskrise 2007ff. sein soll oder auch, oder sogar in erster Linie, ein Gegenentwurf zu neoliberalen Politiken, sozialer Ungleichheit und imperialer Weltordnung.

Während der Green New Deal in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften breit diskutiert und die Debatte in Deutschland schon länger von Grünen, SPD und Linkspartei politisch aufgegriffen wurde, hat sie in Österreich kaum erst begonnen. Nach den Grünen, die mittlerweile im Sog der europäischen Grünen einige Forderungen aufgegriffen haben, und einigen NGOs, steht insbesondere ein Aufgreifen in der SPÖ noch am Anfang.

SOZIAL-ÖKOLOGISCH?

»Klassische« GND-Vorschläge versuchen, die öffentliche Förderung grüner Technologien durch den Nebeneffekt neuer, grüner Jobs zu bewerben. Da grüne Märkte auch qualifizierte Arbeitende benötigen, müsse ihr Aufbau vor allem von Qualifizierungsmaßnahmen am Arbeitsmarkt begleitet werden. Die Lösung von Klimaproblemen könne im Rahmen des Bisherigen durch höhere Steuern und ein neues, grünes Bewusstsein der Akzeptanz notwendiger Konsumeinschränkungen vor sich gehen.

In Deutschland gliedern sich solche, der Regierungsberatung zuzurechnenden, GND-Vorschläge teilweise nahtlos in die Exportweltmeister-Strategie ein (Stichwort Elektroautos als neue Exportschlager), obwohl gerade die Exportorientierung von Ländern wie Deutschland als wenig nachhaltig und die sozial verheerende Standortkonkurrenz antreibend beurteilt werden muss. Grüne Parteien und NGOs haben dagegen stark weitergehende ökologische Maßnahmenkataloge

eingefordert, allerdings neben Initiativen für grüne Unternehmen die Sozialverträglichkeit eher außer Acht gelassen. In den letzten Programmen und Beschlüssen der deutschen Grünen wird zwar bereits auf die soziale Frage hingewiesen und angedeutet, dass ein ökologischer Lebensstil nicht nur für Menschen in reichen Ländern und mit hohen Einkommen reserviert bleiben solle, genaue Vorstellungen bestehen dazu aber noch nicht.

Die grüne »Klassenblindheit« – die Ausblendung des Zusammenhangs von Umweltpolitik und Verteilungsfragen (bspw. zu Energie- und Mobilitätsarmut siehe: Schenk 2010) – wird vor allem von der deutschen Linkspartei kritisiert, weshalb der GND dort unter den Zusätzen *Social* oder *Red Green New Deal* verhandelt wird. Ökologische Politik impliziert im sozialen GND auch eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die nicht einfach für neue Kapitalverwertungsmöglichkeiten zuungunsten von breiten Teilen der Bevölkerung sorgt, sondern ganz im Gegenteil deren Lebensbedingungen zu verbessern trachtet.

Die Instrumente dieser GND-Variante sind nicht Massenökosteuern und Umweltzertifikate, sondern öffentliche Investitionen, öffentliche Steuerung, Stärkung von Gewerkschaften, Beschäftigungspolitik basierend auf einer Senkung der Arbeitslosigkeit nicht zuletzt durch Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohneinbußen, Stärkung der Binnennachfrage und der sozialen Dienste etc. Statt im Namen der Umwelt soziale Ausgrenzung zu akzeptieren, geht es im sozialen GND um die Überwälzung der Umweltkosten auf die Verursacher (Reiche und Unternehmen im globalen Norden), da diese auch über die finanziellen Mittel für ökologischen Umbau verfügen.

Hinsichtlich ihrer historischen Bezugnahmen interpretieren die »bloß ökologischen« Ansätze den Roosevelt‹schen New Deal in erster Linie als ein Modernisierungsprogramm, während die sozial-ökologischen Konzepte die umfassenden sozialen Transformationen betonen – Eingriffe in Eigentumsverhältnisse zur Stärkung der sozialen Infrastruktur, Stärkung der Gewerkschaften zugunsten von hohen Lohnabschlüssen und.h.hem Massenkonsum etc. –, die mit dem New Deal einhergegangen sind. Der New Deal war nicht einfach ein von oben geplantes Wachstumsprogramm zur Stärkung der Wirtschaft, sondern integrierte auch das breite Begehren nach sozialem Aufstieg und besseren Lebensverhältnissen, das in zahlreichen Streiks der 1930er Jahre zum Ausdruck kam und von den Gewerkschaften repräsentiert wurde. So wie der historische New Deal nicht nur ein Kompromiss zwischen Staat und industriellen Kapitalfraktionen, sondern auch ein Klassenkompromiss zwischen Kapital und Gewerkschaften war, wird auch ein grüner Deal realistisch nicht ohne Transformation bisheriger kapitalistischer Verhältnisse (Arbeit-Kapital, Produktion-Konsumtion etc.) möglich sein.

Wenn Umwelt- und Klimaschutz nicht alleine über den Markt geregelt werden sollen, wie teilweise von SPD und vor allem von der Linkspartei gefordert wird, dann wird es notwendig sein, die Macht der Industrie (Energiekonzerne, Transportindustrie, industrielle Landwirtschaft, Automobilsektor, Pharmaindustrie etc.) herauszufordern und neoliberalen Politiken sowohl durch ökologische als auch soziale Forderungen entgegenzutreten. Der Widerstand der Industrie ist zwar einerseits schon bei geringen Maßnahmen deutlich spürbar (wie man am Beispiel des Klimaschutzes mitverfolgen kann), andererseits aber führt kein Weg an einem solchen Entgegentreten vorbei. Selbst die minimalste Klimarettungsvariante lässt sich kaum durch die Umgestaltung des individuellen Konsums verwirklichen, da der überwiegende Großteil an CO_2-Emissionen mit dem fossilistischen Gesellschaftsmodell zusammenhängt (Salmhofer u.a. 2010), dessen Überwindung sicherlich mehr Druck als den der Märkte erfordert.

WACHSTUMSBESCHRÄNKUNG

Neben der naiven Vorstellung, dass die KonsumentInnen über ihre Kaufentscheidungen die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ungeachtet von bestehenden Machtverhältnissen (Kon-

1. Die Geschichte des Kapitalismus ist dabei von Höhen und Tiefen gekennzeichnet: In den 1930er Jahren war das Wachstum weitaus niedriger und kurzfristig sogar rückläufig, im Goldenen Zeitalter des Fordismus 1945–1973 mit beinahe 5% weitaus höher und seit Beginn der Phase der Finanzialisierung des Kapitalismus (Wachstum vor allem über den Finanzsektor und Finanzprodukte und nicht mehr maßgeblich über die Industrie) wieder niedriger. Gemessen am US-Dollar von 1990 war das weltweite reale Bruttosozialprodukt 1820 auf der Höhe von 694 Mrd. Dollar, 1913 bei 2.700 Mrd. Dollar und 2009 bei 56.200 Mrd. Dollar. (Harvey 2010, 26ff.).

2. Attac Deutschland organisierte im Mai 2011 u.a. mit Unterstützung der Parteiakademien von SPD, Grünen und Linkspartei sowie mit Gewerkschaften einen großen Kongress unter dem Titel »Jenseits des Wachstums?«.

zernmacht, Konkurrenzverhältnisse, staatliche Subventionen, finanzielle Möglichkeiten von Privathaushalten, Informationsgefälle etc.) beeinflussen könnten, beinhalten die marktorientierten Modelle von Klima- und Umweltschutz eine Reihe weiterer blinder Flecken: (1) Märkte funktionieren grundsätzlich so, dass rasche Profite im Zentrum stehen und langfristige Planungen, forschungsintensive Produktentwicklungen oder Selbstregulierungen behindert werden. Ohne den Staat im Sinne von politischer Steuerung, Subventionsverschiebung, Umstrukturierungen im Energiebereich, Aufbau staatlicher Unternehmen sowie Ausbau staatlicher Forschung wird ein ökologischer Umbau der Gesellschaft im Bestfall äußerst langsam vor sich gehen. (Schui 2009). (2) Das Thema Umweltschutz den Marktkräften zu überlassen, führt tendenziell zu ökologischen unwirksamen Lösungen – wie das Beispiel des Emissionshandels, in dem Umweltschädigungen gegeneinander abgetauscht und betriebswirtschaftlich abgerechnet werden, deutlich aufzeigt. (3) Ein Hauptproblem der marktorientierten Modelle besteht in ihrer Ressourcenblindheit, d.h. der Vorstellung, dass der Ressourcenverbrauch grundsätzlich wie bisher fortgesetzt werden könne, nur eben mit ›ökologischen Produkten‹: Elektro- und Hybridautos, Agrartreibstoffe etc. Dies ist gleich mehrfach arglos: Erstens werden Ressourcen weltweit immer knapper und diese Knappheit führt bereits heute in aggressivere Handelspolitiken der Weltmächte und wird tendenziell in Ressourcenkonflikte münden. Zweitens ist gerade der exorbitant steigende Ressourcenverbrauch ein Hauptgrund für zunehmende Umweltbelastungen.

Wachstum um jeden Preis bzw. kapitalistischer »Wachstumsfetisch« werden daher von vielen GND-Konzepten vehement abgelehnt. Die Möglichkeit grenzenlosen Wachstums wird auch vom Humangeografen David Harvey in Zweifel gezogen: Der Kapitalismus kann zwar natürliche Grenzen – bspw. durch Einverleibung nicht-kapitalistischer Räume (die globale Peripherie, öffentliche Sektoren im Westen etc.) – kurz- oder mittelfristig umgehen, jedoch nicht dauerhaft. Basierend auf Berechnungen des Ökonomen Angus Maddison, denen zufolge der weltweite Kapitalismus seit 1820 eine durchschnittliche Wachstumsrate von 2,25% aufweist[1], argumentiert Harvey, dass eine Rückkehr zu gesundem Wirtschaftswachstum in der Höhe von etwa 3% aufgrund von absoluten Grenzen kaum mehr realisierbar ist. Mit einem solchen Wachstum müssten umgerechnet im Jahr 2030 weltweite profitable Investitionsmöglichkeiten von beinahe 3.000 Mrd. US-Dollar einhergehen – eine Größe, die schon rein rechnerisch weder von den aktuellen Wachstumsmotoren China, Südostasien und Osteuropa getragen, noch durch weitere neoliberale Privatisierungswellen auf Kosten der sozialen Infrastruktur produziert werden könnte (Harvey 2010, 216f.). Solche Statistiken verdeutlichen, dass die Idee ewigen Wachstums selbst unter Absehung von geeigneten Akkumulationsstrategien und stabilen sozialen Klassenverhältnissen eher ein imaginäres Phantasma darstellt. Wie soll nun mit Wirtschaftswachstum umgegangen werden?

POSITIONEN ZUM ›POSTWACHSTUM‹

Das Feld der Wachstumskritik ist mittlerweile sehr diversifiziert (s. bspw.: Schachtschneider 2009; Schmelzer / Passadakis 2011) und Thema eigener Kongresse[2] geworden. Ausgehend von ökologischen Motiven umfasst Wachstumskritik einen Bogen von De-Growth, No-Growth und Less-Growth-Positionen und dreht sich um das Argument über den Zusammenhang von Wachstum und Naturzerstörung bzw. destruktivem Ressourcenverbrauch. Dieser Zusammenhang ist keineswegs an den Haaren herbeigezogen: Wachstum unterliegt unter kapitalistischen Bedingungen dem Profitmotiv, das in den aktuell immer noch vorherrschenden, neoliberalen Akkumulationsstrategien unter hohen sozialen Kosten (rasante Zunahme sozialer Ungleichheit) mit der Liberalisierung nahezu aller Wirtschaftsbereiche unter der Dominanz finanzmarktorientierter Kapitalfraktionen verbunden ist. Die als »Globalisierungsprozesse« bekannten Tendenzen der fortschreitenden Handelsliberalisierungen und der Standortkonkurrenz gehen mit stetig steigendem Zugriff auf natürliche Ressourcen einher und verhindern außerdem die Organisation von

3. Die Maßnahmen dieser Kostenaufstellungen aus dem Frühjahr 2011 umfassen Dinge wie Industriemodernisierungen, Umstrukturierungen des Energiesektors, Häusersanierungen, CO_2-Speicherung und Investitionen in Elektroautos. Die EU-Absichtserklärungen betreffend Klimaschutz besagen, dass der CO_2-Ausstoß bis 2050 um 80% des Niveaus von 1990 gesenkt werden muss, damit die Erderwärmung bei zusätzlichen zwei Grad Celsius gestoppt werden kann.

Produktion und Konsum entlang ökologisch sinnvoller Dimensionen. (Steinitz / Ullrich 2009). Die Notwendigkeit der Eingrenzung von Wachstum zur Lösung der Umwelt- und Klimakrise erscheint sehr einleuchtend. Warum halten jedoch sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften in Europa an Wachstum fest?

Nicht zu Unrecht werden Wachstum insbesondere zwei positive Effekte zugeschrieben: Es ermöglicht, (1) das Beschäftigungsniveau zu halten oder auszubauen und (2) Spielraum für öffentliche Investitionen (Umverteilung, Ausbau des Sozialstaats etc.) zu schaffen. Argument (1) beruht darauf, dass durch ausreichendes Wachstum von zumindest 1,5 % (Marterbauer 2007, 37) der dem Kapitalismus innewohnende Drang zur Freisetzung von Arbeitskräften infolge von Steigerungen der Arbeitsproduktivität ausgeglichen werden kann: Ohne Wachstum steigt Arbeitslosigkeit. Argument (2) beruht darauf, dass nur in Zeiten guter Profitzuwächse der Privatwirtschaft auch Lohnsteigerungen und volle Staatskassen möglich sind: Ohne Wachstum bleibt vom Wirtschaftskuchen wenig übrig. Wenn Gewerkschaften und Sozialdemokratien auf die sozialen Effekte fehlenden Wachstums hinweisen, so haben sie sinkende Einkommen, höhere Sozialausgaben und steigende Staatsverschuldungen vor Augen – Dinge, die von den KritikerInnen des »Fetischs Wachstum« selten bedacht oder häufig nur durch allgemeine (und mitunter auch an neoliberalen Vorstellungen entlangschrammenden) Aussagen über eine »Abkehr von der Orientierung auf Erwerbsarbeit« gelöst werden.

Bei genauerer Betrachtung des Zusammenhangs von Wachstum und Beschäftigung sowie auch von Wachstum und Naturzerstörung zeigt sich recht rasch, dass Wachstum nicht gleich Wachstum ist und eine grundsätzliche Wachstumskritik die zentrale Problematik nicht angemessen erfassen kann (Krämer 2010). Genauso wenig wie BIP-Wachstum ein guter Indikator für allgemeinen Wohlstand, Beschäftigung und Entwicklung ist, ist er ein guter Indikator für den Erfolg kapitalistischer Interessen oder für den Grad von Umweltzerstörung. Für Kapitalfraktionen ist BIP-Wachstum nur insofern von Bedeutung, als es durch private Produktionsprozesse und Finanzdienste generiert wurde und folglich Profite erzeugt, während andere Formen von BIP-Wachstum – etwa durch Umverteilung von materiellen Ressourcen nach unten, durch Stärkung des öffentlichen Diensts oder des Ausbaus von Sozialleistungen – aufgrund ihrer Nebeneffekte der Dekommodifizierung von Arbeit und der Reduktion von Renditen auf Finanzdienstleistungen – offensiv bekämpft werden. Aus ökologischer Perspektive erzeugt Wachstum infolge des Ausbaus der sozialen Infrastruktur außerdem kaum ökologisch bedenkliche Nebenwirkungen und erhöht Beschäftigung sowie den allgemeinen Wohlstand einer Gesellschaft. BIP-Wachstum ist daher weder prinzipiell ein Ziel von Kapitalfraktionen, noch prinzipiell ein Zeichen von umweltzerstörerischem Ressourcenverbrauch, sondern wesentlich abhängig von seiner Zusammensetzung.

Die Postwachstumsdebatte vermag es außerdem nicht, das Problem der notwendigen Transformation der »imperialen Lebensweise« (Ulrich Brand) gut zu thematisieren; schließlich sind dazu u. a. gewaltige Investitionsprogramme von Nöten, die notwendig mit Wachstum einhergehen werden. Alleine das Programm zur Klimarettung (Reduktion der CO_2-Emissionen um die Klimaerwärmung rechtzeitig vor einem Kollaps zu stabilisieren) erfordert nach den Schätzungen der (konservativen) EU-Klimaschutz-Kommissarin Connie Hedegaard Investitionen in der Höhe von jährlichen 270 Mrd. Euro bis 2050 (insgesamt 10.800 Mrd. Euro)[3]. Eine neue Lebensweise erfordert darüber hinaus den Aufbau einer (ökologischen und sozialen) Infrastruktur jenseits von Verzichtsethik und Einschränkungen für die Massen, die Konversion umweltschädlicher Wirtschaftsbranchen (Automobilindustrie, Kohle, Chemie etc.) jenseits von Massenentlassungen und Lohndruck sowie auch die Einbindung breiter Teile der Bevölkerung, der Gewerkschaften und anderer sozialer Kräfte. Viele Postwachstumsstandpunkte erwecken immer noch den Eindruck, als ob die Frage der massenhaften Befriedigung der materiellen Be-

4. Der Versuch der Berechnung eines »Grünen BIPs« durch Einbeziehung externer Umweltkosten wurde tatsächlich einmal in China angestellt. Da sich in dieser Berechnung das enorme Wachstum Chinas schier in Luft aufgelöst hätte, obwohl die Vernutzung natürlicher Ressourcen noch gar nicht einberechnet war, blieb es 2006 bei einem einzigen Bericht (Bachmann 2011, 38f.). Es ist nicht zu vermuten, dass das Ergebnis europäischer Länder anders aussehen würde.

5. Diese Thesen werden auch von der Glücksforschung bestätigt: Mehr Wachstum kann auch negative Auswirkungen auf das Glücksempfinden von Menschen haben, da Glück und individueller Wohlstand nicht durch allgemeine ökonomische Indikatoren bemessen werden können (Hickel 2011). Für eine sozial-ökologische Politik lassen sich die Ergebnisse der »Ökonomie des Glücks« durchaus nutzbringend einsetzen, andererseits können sie auch für neoliberale, disziplinierende Arbeitsmarktreformen (»welfare-to-work«) herangezogen werden wie man am Beispiel des Glücksforschers und Blair-Beraters Richard Layard sehen kann.

dürfnisse nachrangig oder bereits gelöst und daher vernachlässigbar sei. Ein sozial-ökologischer Deal wird aber ohne die »Unterstützung von unten« kaum die Bahnen neoliberaler Parameter verlassen können.

WER SETZT DEN GREEN NEW DEAL UM?

Während GND-Konzepte zu ökologischen Maßnahmen massenhaft Vorschläge parat haben, bleibt die Frage, wer die treibende Kraft eines solchen Deals sein sollte und könnte, zumeist unbeantwortet oder schwammig. Der ehemalige britische Regierungsberater in Umweltfragen und bekannte Wachstumskritiker Tim Jackson schlägt bspw. eine »mutige Politik« jenseits von Wachstum (über ein Maßnahmenset aus Begrenzungen des Ressourcenverbrauchs, der Miteinbeziehung ökologischer Aspekte in die VGR[4] sowie der Abkehr von der Kultur der »Konsumgesellschaft«) vor, die letztlich als Kulturprogramm zur Veränderung des konsumistischen Lebensstils verstanden wird (Jackson 2011, 83f.). So überzeugend die Hinweise Jacksons auch sind, wonach Wohlstandsmehrung – anders definiert und durch alternative Bezugsgrößen gemessen – auch in einer »Nullwachstumsgesellschaft« möglich sei[5] (Jackson 2009), so sehr gehen seine bloßen Appelle an Regierungsverantwortung ins Leere. Sofern nicht die Frage nach ökonomischen Interessen beleuchtet und die Funktionsweise kapitalistischen Wirtschaftens hinterfragt wird, sind selbst Vorschläge nach moderaten Wachstumsbegrenzungen auf weltweite 1,8 %, wie sie vom Schweizer Ökonomen Hans-Christoph Binswinger (2009) geäußert werden, eher ins Reich der Utopie zu verlegen. Ressourcenzurückhaltungen und ähnliches können realistisch nur vor dem Hintergrund konkreter Begrenzungen von konkreten Wirtschaftsbranchen diskutiert werden, ansonsten verbleiben sie unverwirklicht.

Auch entgegen Friedmans Vorstellungen, ist die Herstellung eines Green New Deal nicht einfach eine Frage guter Konzeptionen zur Einbeziehung von Linken und Konservativen, Unternehmen und Arbeitenden, Armen und Reichen, da ein solcher Deal wohl nur gegen bestehende ökonomische Interessen durchgesetzt werden kann. Statt nach Lösungen zu suchen, in denen alle sozialen Kräfte/Gruppen gleichermaßen repräsentiert werden, ist eine Aufgabe der technokratischen »Politik für alle«-Denkweise angebracht. So wie schon der historische New Deal auch durchaus ein Programm der Umverteilung nach unten, der staatlichen Wirtschaftslenkung und der strukturellen Erneuerung gegen dominante Kapitalfraktionen war (Galbraith 2010, Roesler 2010), wird auch der GND politische Mobilisierungen erforderlich machen.

Die aktuellen Diskussionen um eine ›grünere‹ Zukunft scheinen noch sehr offen zu sein, weshalb immer noch Raum für konkrete sozial-ökologische Politikvorschläge besteht. Ökologische Politiken sind keine Domäne grüner Parteien und ökologisches Wachstum keine Domäne der Wirtschaft auf der Suche nach neuen Investitionen. In den Green New Deal einzusteigen, könnte auch eine vielversprechende Option für die europäische Sozialdemokratie darstellen – die Beibehaltung des »Dritten Weg«-Kurses ist es zweifelsohne nämlich nicht. Rote Überlegungen sollten entlang folgender Aspekte angestellt werden: Statt allgemeinen Konsumverzicht zu fordern, sind Vorschläge notwendig, wie natürliche Ressourcen geschont und trotzdem die Lebensbedingungen inklusive der qualitativen Konsummöglichkeiten gerade der niedrigen und mittleren Einkommen verbessert werden können.

Es braucht konkrete Maßnahmen, die sowohl ökologisch als auch sozial sind – bspw. massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Energiekonzerne der privaten Kontrolle entreißen, Restabilisierung der Binnenwirtschaft statt Standortwettbewerb, Lokalisierung der Nahrungsmittelproduktion etc. etc. Um die Überakkumulation von Kapital zu begrenzen, die zu aufgeblähten Finanzmärkten und Finanzkrisen sowie zu enormer Umweltbelastung führt, sollte die gestiegene Arbeitsproduktivität der letzten Jahrzehnte durch Arbeitszeitverkürzungen und Umverteilungsprogramme (Vermögenssteuern, Sozialstaatsausbau, Ausbau von Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie des sozialen Wohnbaus etc.) nach unten

weitergegeben werden. Eine solche Kombination ist höchst an der Zeit – zur Rettung der Umwelt, für einen sozialen Kurswechsel und auch zur Lösung der Krise der Sozialdemokratie.

ARMIN PULLER
ist Lehrbeauftragter, Teaching Assistant und Doktorand an der Universiät Wien und Redaktionsmitglied der ZUKUNFT.

Literatur

Günther Bachmann (2011): Die Verwegenheit des Absichtslosen. Wider das falsche Wachstumspathos; in: Luxemburg 1/2011; 36-39. | **Beigewum/Attac** (2010): Mythen der Krise; Hamburg: VSA. | Hans-Christoph Binswanger (2009): Vorwärts zur Mäßigung. Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft; Hamburg: Murmann Verlag. | **Thomas L. Friedman** (2007): »The Power of Green«. The New York Times Magazine (15.04.2007). | **Thomas L. Friedman** (2009): Code Green. Warum wir eine grüne Revolution brauchen; in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2009; 65-78. | **James K. Galbraith** (2010): Das G 20-Debakel: Warum wir einen grünen New Deal brauchen; in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2010; 85-93. | **David Harvey** (2010): The Enigma of Capital. And the Crises of Capitalism; London: Profile. | **Rudolf Hickel** (2011): Weniger Wachstum = Mehr Glück; in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2011; 37-40. | **Tim Jackson** (2009): Prosperity without Growth. Economics for a finite Planet; London: Earthscan. | **Tim Jackson** (2011): Die Postwachstumsgesellschaft; in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2011; 75-84. | **Ralf Krämer** (2010): Wachstumskritik oder sozialistische Politik. Über Wachstum, Ökologie, Erwerbsarbeit, Sozialstaat und die Linke; in: Krämer u. Schui 2010; 1-23. | **Ralf Krämer und Herbert Schui** (2010): Wachstum!? Qualitativ, sozial-ökologisch, reguliert – oder schrumpfen? Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8/2010; Hamburg: VSA. | **Markus Marterbauer** (2007): Wem gehört der Wohlstand? Perspektiven für eine neue österreichische Wirtschaftspolitik; Wien: Zsolnay. | **Jörg Roesler** (2010): Der schwierige Weg in eine solidarische Wirtschaft. Historische Erfahrungen aus Weltwirtschaftskrise und New Deal. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/2010; Hamburg: VSA. | **Christian Salmhofer, Brigitte Drabek, Andreas Strasser u. Niklas Schinerl** (2010): Das Dilemma der Klimagerechtigkeit; in: Kurswechsel 2/2010; 6-17. | **Ulrich Schachtschneider** (2009): Green New Deal. Sackgasse und sonst nichts?; in: Rosa Luxemburg-Stiftung (Hg.): standpunkte 17/2009. | **Martin Schenk** (2010): Klima und Verteilungsgerechtigkeit; in: Kurswechsel 2/2010; 63-69. | **Matthias Schmelzer u. Alexis Passadakis** (2011): Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte; Hamburg: VSA. | **Herbert Schui** (2010): Mit grünem Wachstum gegen Klimakrise und Wirtschaftsstagnation?; in: Krämer u. Schui 2010; 25-42. | **Klaus Steinitz und Manfred Ullrich** (2010): Umweltprobleme und ihre Verflechtungen mit den Krisenprozessen des Kapitalismus. Konsequenzen für eine linke Politik; in: Sozialismus 3/2009; 24-30. | **Frieder Otto Wolf** (2009): Den Green New Deal nicht ablehnen, sondern instandbesetzen! Für eine sozial-ökologische Transformation; in: Luxemburg 1/09; 154-159.

ADOLF FROHNER, CIRCA 55 SCHRITTE DURCH EUROPA, 1993, DIVERSE MATERIALIEN, U3-U6 WESTBAHNHOF, VERBINDUNGSPASSAGE U3-U6

OSWALD OBERHUBER, PERMANENT-GRAFFITI, 1991, EMAILPLATTEN, U3-U4 LANDSTRASSE, VERBINDUNGSPASSAGE U3-U4

Österreichs Wirtschaftsgeschichte

Die Kernthese von Felix Butscheks Wirtschaftsgeschichte lautet, so der Rezensent Heinz Kienzl, dass wir immer im europäischen Strom mitgeschwommen sind.

Wenn ich mich richtig erinnere, hat Hegel über Geschichte folgendes gesagt: Was man aus Geschichte lernen kann, ist, dass die Menschen aus der Geschichte nichts lernen. Aber auch Hegel konnte irren, haben wir gelernt, wie Butschek in seinem Opus Magnum bewiesen hat.

Aber zuerst die Frage, wie und wozu soll man eine Wirtschaftsgeschichte Österreichs von 600 Seiten rezensieren? Soll man das Unmögliche wagen und auf zwei Schreibmaschinenseiten ein Kondensat vorlegen, nur, um dem Leser die Mühe zu ersparen, mehr als 600 Seiten zu lesen? Da würde er das Buch gar nicht kaufen und man würde ihm Vergnügen, Belehrung und Erkenntnis vorenthalten. Ludwig Börne hat sich darüber Gedanken gemacht, wozu Geschichtsschreibung nützlich ist und er meinte, »damit der Autor ein Autorenhonorar bekommt und der Buchhandel daran etwas verdienen kann«. Eine Rezension, die das Unmögliche wagt – eben ein Kondensat vorzulegen, würde dann den von Börne in notorisch-zynischer Art dargelegten Zweck der Geschichtsschreibung zum Teil zunichte machen.

Eine Wirtschaftsgeschichte, die von der Bronzezeit bis zur Ära Schüssel reicht, ist ein ambitioniertes Vorhaben. Erstere wird in 15 Zeilen behandelt, letztere in 22 Seiten abgehandelt. Obwohl zu bedenken wäre, dass schon die Wirtschaftsgeschichte der Bronzezeit Stoff zum Nachdenken bietet. Damals, jahrtausendelang noch, waren der Schnee, die Berge, der Wald, das Wildwasser Verursacher von unendlich viel Elend und Armut. Heute haben die in den Alpen lebenden Österreicher aus dem Schnee den Skitourismus, aus dem Wildwasser die Wasserkraftwerke, aus dem Wald die Grundlage der Papier- und Sägeindustrie gemacht. Sie haben die Berge mit Hütten und Markierungen versehen und sogar die Lawinen als Nervenkitzel in ihr Angebot eingebaut. Man sieht, was man aus nichts machen kann und wie es schon bei Shakespeare heißt: »A good wit knows to make a case of everything. I will turn disease into comfort.«

Die Betrachtungen von Schopenhauer über die Geschichte sind sehr düster. Kriege, Blutvergießen, Elend – das kann man in der Geschichte sehen. Aber wie hat sich in den Darstellungen von Felix Butschek der Krieg, den die Habsburger oder später die Österreichisch-Ungarische Monarchie führten, ausgewirkt? Die Türkenkriege haben den Steuerstaat, wie es Schumpeter genannt hat, erzwungen und natürlich die Metallindustrie gefördert. Dasselbe gilt natürlich auch vom vorhergegangenen Dreißigjährigen Krieg, der zwar Deutschland in einem erschreckenden Ausmaß verheert hat, Österreich weitgehend verschonte, worauf Butschek dankenswerterweise hinweist und damit aber auch die Hussitenkriege und den Einfall der Schweden ins Waldviertel nur andeutet.

Aber damit war es nicht aus: Nach den Türkenkriegen folgten der Schlesische Erbfolgekrieg und der Siebenjährige Krieg, Dieser zwang die herrschende Klasse, insbesondere die Monarchen, die Aufklärung – mit der Hand-in-Hand gehenden Modernisierung – in Österreich einzubringen, aber auch den Merkantilismus. Bald nach dem Siebenjährigen Krieg folgten die Kriege gegen das revolutionäre Frankreich und der Gegenschlag der napoleonischen Kriege. Auch hier ein gewaltiger Schub für die Wirtschaft, und zwar im Zusammenhang mit der Kontinentalsperre, die Napoleon über Kontinentaleuropa verhängt hatte, die aber zur Folge hatte, dass die industrielle Entwicklung – befreit von der übermächtigen englischen Konkurrenz – große Fortschritte machte. Dann

gab es bald darauf die Kriege nach der 48er Revolution, die Kriege in Italien, in Böhmen mit den Begriffen Solferino und Königgrätz eng verbunden, die die Monarchie zwangen, die Militärdiktatur aufzugeben und eine Liberalisierung zuzulassen und einen Ausgleich mit Ungarn zu suchen.

Und dann eben der Erste Weltkrieg: Er zerstörte die Habsburger Monarchie und hinterließ Österreich als »den Staat, den keiner wollte«. Wirtschaftlich von seinen Ressourcen und Absatzmärkten abgeschnitten. Zu den Ressourcen ist in erster Linie Kohle zu rechnen, zu den Absatzmärkten die Nachfolgestaaten, die sich bewusst von der österreichischen Wirtschaft abkoppelten. Und dann führte der Weg über den von Gehmacher sogenannten »Dreißigjährige Krieg der Europäer« von 1914–45 mit dem totalen Zusammenbruch des Dritten Reichs im Zweiten Weltkrieg. Und uns blieb Österreich als Hinterlassenschaft. Die noch einmal Davongekommenenen begannen aus diesem scheinbar wertlosen Erbe ein äußerst erfolgreiches Gemeinwesen, einen sehr stabilen Staat und nicht zuletzt eine äußerst konkurrenzfähige Wirtschaft zu entwickeln.

Die Kernthese von Butscheks Wirtschaftsgeschichte, dass wir immer im europäischen Strom mitgeschwommen sind, kristallisiert sich in den letzten Kapiteln mit dem Beitritt zur Europäischen Union. Schließlich zieht er noch die Lehre aus der Geschichte der Krisenabwehr (2008–2010) und beendet das Werk mit folgendem Satz: »Wägt man all diese Elemente ab, scheint die vorsichtige Aussage plausibel, dass sich das längerfristige Wachstum der österreichischen Wirtschaft im westeuropäischen Durchschnitt bewegen wird – was angesichts ihrer heutigen Position nicht die schlechteste Zukunftserwartung darstellt!« (Seite 529).

Das Werk liefert dem Leser, der Aufsätze über wirtschaftliche Entwicklungen verfassen will, eine Fülle von Statistiken und jede Menge an zitierbaren Aussagen. Butschek wagt sich auch auf das Gebiet der Soziologie, die nicht so harte Fakten liefert wie die Ökonomie, und wo man nicht auf so sicherem Grund steht, wie wenn man aus der Leistungsbilanz auf Konkurrenzfähigkeit schließen kann.

Woher kam der Bruch, mit der Modernisierung, mit dem Wunsch nach Wirtschaftswachstum und dem Verlust des Fortschrittsglaubens? Woher das Unbehagen im Wohlstand? Fragen über Fragen wie Caspar Einem immer schreibt. Aber einige Denkansätze dazu liefert der Autor der österreichischen Wirtschaftsgeschichte immerhin.

HEINZ KIENZL
war von 1950 bis 1968 Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung des ÖGB, Mitbegründer der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft, von 1973 bis 1988 Generaldirektor und von 1988 bis 1993 1. Vizepräsident der Österreichischen Nationalbank.

Felix Butschek
ÖSTERREICHISCHE WIRTSCHAFTSGESCHICHTE.
Böhlau
632 Seiten, 49 Euro

USA, Religion & Kommunikation

Wolfgang Büscher
HARTLAND

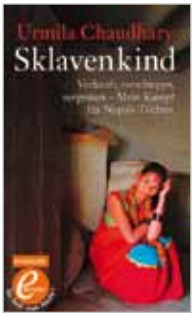
Zu Fuß in das Herz Amerikas, drei Monate lang, 3500 Kilometer von Nord nach Süd: Wolfgang Büscher hat das Abenteuer gewagt. Er lässt sich durch die schneebedeckte Prärie Nord-Dakotas treiben, entdeckt den verlassenen Ort Hartland, der einst Heartland hieß. Büscher lässt sich weiter treiben, immer weiter nach Süden, bis er schließlich in der mexikanischen Wüste verschwindet.

ROWOHLT BERLIN, 304 Seiten, 20,60 Euro

Helmut Schmidt
RELIGION IN DER VERANTWORTUNG

Der deutsche Altkanzler sieht vor allem die drei großen Religionen Judentum, Christentum und Islam in der Verantwortung. In ihrem Ausschließlichkeitsdenken sieht er einen wesentlichen Grund für die weltweite Radikalisierung. Dass Imame und Rabbis genauso wie Bischöfe und Pfarrer sich ihrer Verantwortung entziehen, beschwört die Gefahr neuer Kriege und Konflikte herauf.

PROPYLÄEN, 256 Seiten, 20,60 Euro



Chaudhary / Schwaiger
SKLAVENKIND

Urmila Chaudhary wurde im Süden Nepals geboren und mit sechs Jahren von ihrer Familie aus der Not heraus als Kamalari, als Sklavenmädchen verkauft. Mit sechzehn Jahren kommt sie endlich frei. Urmila ist nicht länger bereit, das Unrecht hinzunehmen. Sie organisiert einen Protestmarsch und fordert den Lohn für die jahrelange Ausbeutung. Urmila will ihren Kampf so lange fortsetzen, bis die letzte Kamalari befreit ist.

KNAUR, 328 Seiten, 17,50 Euro

Michael Thumann
DER ISLAM-IRRTUM

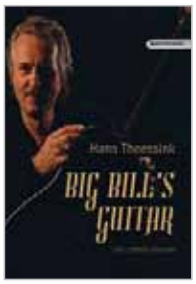
Jenseits der Chiffren von Rückständigkeit und Religiosität wachsen am arabischen Golf neue globale Machtzentren heran, steigt die Türkei zu einer neuen Regionalmacht auf. Aus Begegnungen, Reisereportagen und historisch-politischen Betrachtungen formt der Journalist Michael Thumann – er leitet die »Zeit«-Redaktion in Istanbul – ein neues, spannendes Bild der arabischen Welt und der Türkei.

EICHBORN, 336 Seiten, 32,70 Euro

Michael Tomasello
DIE URSPRÜNGE…

…der menschlichen Kommunikation. Gestützt auf empirisches Material aus der Primaten- und Säuglingsforschung und die einflußreichsten Theorien der Sprachphilosophie sowie anhand von Beispielen aus der menschlichen Alltagskommunikation präsentiert Tomasello ein mehrstufiges Modell der Sprachentwicklung in individualgeschichtlicher wie auch artgeschichtlicher Perspektive.

SUHRKAMP, 410 Seiten, 15,50 Euro



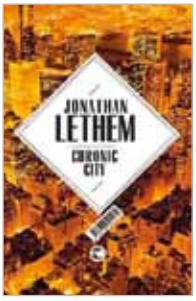
Dietmar Hoscher
HANS THEESSINK

Der gebürtige Niederländer Hans Theessink lebt seit mehr als 30 Jahren in Wien und zählt zu den bedeutendsten Musikern der Blues- und Rootsszene. Der Autor und Musikjournalist Dietmar Hoscher, der die österreichische und international Bluesszene wie kein anderer kennt, hat seinen Freund Hans Theessink zu unzähligen Interviews gebeten, die in diesem Buch zu einer Reise durch die Welt des Ausnahmekünstlers verwoben wurden.

ECHOMEDIA, 176 Seiten, 24,90 Euro

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße**
(1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

Sommer, Österreicher & Deutsche



Jonathan Lethem
CHRONIC CITY

Chase Insteadman, ein ehemaliger Kinderstar, ist fester Bestandteil der New Yorker High Society. Sein soziales Ansehen verdankt er einem Unglück, das in der Klatschpresse für Furore sorgt: Seine Verlobte schwebt manövrierunfähig im Weltraum, von wo sie ihm herzzerreißende Liebesbriefe schreibt. Auch Chase treibt haltlos durch seinen Alltag, bis er den schielenden Kulturkritiker Perkus Tooth kennenlernt.
KLETT-COTTA, 495 Seiten, 25,70 Euro

Richard Wagner
BELÜGE MICH

Sandra Horn ist Journalistin. In Bukarest soll sie den Ableger einer Frauenzeitschrift gründen. Dort fängt sie mit dem Anwalt Marcel eine Affäre an. Sandra taucht in die geheime Vergangenheit ihrer und Marcels Familie ein, in das Bukarest der 30er Jahre, in die Tangomusik und die Literatur jener Zeit. Und sie erfährt, dass die alten Konflikte andauern und ihr Leben verändern.
AUFBAU VERLAG, 313 Seiten, 22,95 Euro

Cees Nooteboom
ROTER REGEN

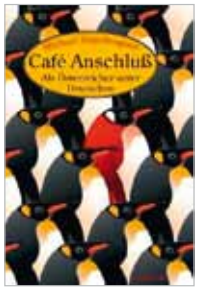
»Roter Regen« zeigt Cees Nooteboom als Arbeiter im Garten der Erinnerung. Erste Reisen per Fahrrad, Anhalter und Schiff, jugendliche Exzesse und was an Weisheit oder Rückenschmerzen davon übrig ist. All die Szenen und Erlebnisse, die im Gedächtnis so zufällig wie zwingend Niederschlag gefunden haben, sind hier versammelt. Ein Strauß sehr heiterer, sehr persönlicher Geschichten.
SUHRKAMP, 239 Seiten, 9,20 Euro

Siri Hustvedt
DER SOMMER OHNE MÄNNER

Nach einer Depression braucht die New Yorker Dichterin Mia eine Pause, fährt allein in ihre Geburtsstadt in Minnesota und verbringt den Sommer in der Nähe ihrer Mutter, die mit neunzig noch recht aktiv im Heim lebt. Ansonsten brütet sie über ihren untreuen Mann Boris und die Männer im Allgemeinen. Mit Wut im Bauch und dem Herzen auf der Zunge notiert sie zum Thema Liebe, Ehe und Sex, was ihr einfällt.
ROWOHLT, 304 Seiten, 19,95 Euro

Dirk Stermann SECHS ÖSTERREICHER UNTER DEN ERSTEN FÜNF

»Ich hatte keine Meinung zu den Österreichern. Aber womit ich nicht gerechnet hatte: Jeder Österreicher hatte eine Meinung zu den Deutschen.« War es wirklich klug, als Rheinländer in ein Land zu ziehen, das heute noch von Cordoba schwärmt? Dirk Stermann liefert ein skurriles Panoptikum von Österreich und seinen Einwohnern und einen amüsanten Roman einer Entpiefkenisierung.
ULLSTEIN, 272 Seiten, 17,50 Euro



Michael Ziegelwagner
CAFÉ ANSCHLUSS

Titanic-Redakteur Michael Ziegelwagner hat mit Café Anschluß das endgültige Buch über Deutschland und Österreich geschrieben, das Deutsche und Österreicher gleichermaßen beleidigt. Deutschland bietet dem Österreicher einiges. Nur in Deutschland wird seine schlechte Laune für charmant gehalten. Und nur in Deutschland gibt es Orte, neben denen St. Pölten wie ein Juwel erscheint.
ATRIUM, 160 Seiten, 18,60 Euro

Nahrungsmittel als Spekulationsobjekt

Der von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) veröffentlichte Nahrungsmittelpreisindex zeigt, dass sich seit Beginn 2009 die Preise beinahe verdoppelt haben, insbesondere die Preise für Zucker, Weizen, Mais und Soja stiegen stark an. Das Preisniveau liegt heute noch höher als Mitte 2008. Bis dahin waren innerhalb von nur eineinhalb Jahren die Preise für Nahrungsmittel rasant gestiegen, dann aber im Sog der Finanzkrise auf das Niveau von 2006 zurückgefallen. Damals wie heute haben die Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel, die in den Entwicklungsländern bis zu 80 % der laufenden Ausgaben der Haushalte ausmachen, Hunger und Revolten ausgelöst, insbesondere in jenen Ländern, die von Nahrungsmittelimporten abhängig sind.

Die hohe Volatilität der Nahrungsmittelpreise seit der zweiten Hälfte des letzten Jahrzehnts ist in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte einzigartig. Zahlreiche Untersuchungen verweisen eher auf Ursachen mittel- bis langfristig steigender Nahrungsmittelpreise: Genannt werden nachfrageseitige Faktoren wie Verwendungskonkurrenz durch Biospritproduktion und der Nachfragezuwachs in Schwellenländern sowie angebotsseitige Faktoren, wie das relative Zurückbleiben des Angebots (insbesondere durch die Stagnation der Flächenproduktivität in Afrika sowie allgemein durch die Flächenkonkurrenz mit anderen Agrarrohstoffen).

Die hohe Volatilität der Preise wird allerdings überwiegend auf das Verhalten von Finanzmarktakteuren, die den Einfluss vorhin genannter Faktoren erheblich verstärken können, zurückgeführt. Dieses Phänomen ist mit dem strapazierten Begriff der Spekulation nicht hinreichend erfasst. Seit Hunderten von Jahren gesellen sich zu den Großhändlern, die sich zum Beispiel gegen eine künftige Preissteigerung in kommenden Monaten durch den Kauf von Getreide auf dem Terminmarkt zu einem Garantiepreis absichern wollen (Hedging) branchenfremde »Spekulanten«. Sie haben kein Absicherungsinteresse, sondern wetten darauf, dass sich die Preise in eine bestimmte Richtung entwickeln. Das junge Phänomen der überaus hohen Volatilität von Nahrungsmittelpreisen ist somit nicht nur durch spekulative Aktivitäten, die seit jeher eine Begleiterscheinung des Handels mit Nahrungsmitteln sind, zu erklären, sondern darüber hinaus durch den Prozess der »Finanzialisierung«, der allumfassenden Integration des Markts für Agrarrohstoffe in das Finanzmarktgeschehen. Hedge Fonds und institutionelle Investoren investieren zunehmend in den Markt für Lebensmittel. »Finanzialisierung« macht den Preisbildungsprozess von Nahrungsmitteln weitgehend von anderen Segmenten des Finanzmarkts abhängig und es dominieren Herdenverhalten und spekulative Übertreibungen.

Dies wurde durch Deregulierungen des Agrarrohstoffhandels, wie beispielsweise durch die Verabschiedung des Gesetzes zur Modernisierung von Warentermingeschäften (›Commodity Futures Modernization Act‹) im Jahr 2000 in den USA vorangetrieben, oder durch die Entwicklung neuer Finanzinstrumente, die es ermöglichen, gezielt in Rohstoffmärkte zu investieren.

Die Finanzialisierung von Rohstoffmärkten wird nicht nur von NGOs und Entwicklungshilfeorganisationen mit großer Besorgnis beobachtet. Sie steht zunehmend im Fokus von Aufsehern und Notenbanken, da sie ein steigendes Systemrisiko darstellt. Während früher Rohstoff-Futures noch eine geringe Korrelation zu Aktien- und Anleihekurse zeigten und das branchenfremde Engagement in Rohstoffmärkten, das regulatorisch beschränkt war, eine gängige Strategie der Portfoliodiversifikation war (z. B. konnten Verluste bei Aktien durch Gewinne bei Rohstoffen kompensiert werden), zeigt sich seit einigen Jahren eine hohe Korrelation der Finanzmarktpreise mit jenen von Agrarrohstoffen. Das Risiko, dass sich eine Krise im Finanzsystem sofort auf die Rohstoffmärkte überträgt, hat sich somit enorm erhöht. Aber wesentlich ist: *»Ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet.«* (JEAN ZIEGLER).

HELENE SCHUBERTH
arbeitet als Ökonomin in Wien.